

SEBASTIAN KEDING

Finanzmarktsteuerung durch Kreditsicherungsrecht

*Rechtsordnung und
Wirtschaftsgeschichte*

7

Mohr Siebeck

Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte

Herausgegeben von
Albrecht Ritschl, Mathias Schmoeckel,
Frank Schorkopf und Günther Schulz

7



Sebastian Keding

Finanzmarktsteuerung durch Kreditsicherungsrecht

Die Entstehungsgeschichte des
konkursrechtlichen Pfandbriefprivilegs
in § 35 Abs. 1, 2 des
Hypothekenbankgesetzes vom 13. Juli 1899

Mohr Siebeck

Sebastian Keding, geboren 1983; Studium der Rechtswissenschaft in Bonn; Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei einer Rechtsberatung in Bonn, derzeit am Lehrstuhl für Deutsche und Rheinische Rechtsgeschichte der Universität Bonn und Rechtsreferendar; 2013 Promotion.

Gedruckt mit Unterstützung der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf.

ISBN 978-3-16-152801-9 / eISBN 978-3-16-160612-0 unveränderte eBook-Ausgabe 2021
ISSN 2191-0014 (Rechtsordnung und Wirtschaftsgeschichte)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2013 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort des Verfassers

Die vorliegende Untersuchung wurde im April 2013 als Dissertation an der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn angenommen. Sie entsprang einem Seminar zur Finanzmarktsteuerung im 19. Jahrhundert, das im SS 2009 stattfand.

Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Mathias Schmoeckel, der durch seine Vorlesung und das vorgenannte Seminar mein Interesse für die Rechtsgeschichte der Wirtschaft weckte und mich während der Arbeit an der Dissertation in herausragender und umfassender Weise unterstützte. Ich möchte mich außerdem bei Herrn Dr. Matthias Maetschke bedanken, der sich mir in derselben Zeit stets uneingeschränkt als Ansprechpartner zur Verfügung stellte und mir durch seine Kritik und Anregungen immer wieder half, die während einer solchen Arbeit auftretenden Probleme und Fragen – besonders in methodischer Hinsicht – zu lösen. Herrn Prof. Dr. Moritz Brinkmann danke ich für die bemerkenswert zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Besonders zu erwähnen ist außerdem die Unterstützung durch den Verband deutscher Pfandbriefbanken, konkret durch die Herren Dr. Otmar Stöcker und Andreas Luckow. In einer Vielzahl von Gesprächen ermöglichten sie es mir, den Pfandbrief als Rechtsprodukt, d. h. die komplexen diesbezüglichen Regelungen in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit, ebenso zu durchdringen wie deren finanzpolitischen Hintergründe. Ihre Fragen zu den historischen Hintergründen des Hypothekendarlehensgesetzes und besonders des Pfandbriefschutzes im Konkurs bereicherten meine Recherchen zudem um verschiedene interessante Blickwinkel.

Die Gerda Henkel Stiftung förderte die vorliegende Arbeit durch ein Promotionsstipendium. Hierdurch erst wurde die erforderliche umfangreiche Auswertung der Literatur und besonders der Bestände in den Berliner Archiven ermöglicht und die Fertigstellung der Arbeit erheblich beschleunigt. Auch hierfür mein herzlicher Dank!

Last (but) not least möchte ich all jenen danken, die mich zwar nicht fachlich unterstützen konnten, dafür aber auf andere Weise dazu beitrugen, dass die vorliegende Untersuchung nicht auf halbem Wege abgebrochen wurde. Das gilt besonders für meine Familie, die – u. a. durch die Ermöglichung des Studiums – letztlich den Weg für die Dissertation bereitete. Meiner Verlobten

Sandra Rössler danke ich für ihren Beistand in den letzten drei Jahren, besonders ihre Geduld, die sie mir und der Arbeit immer wieder entgegenbrachte. Zuletzt danke ich den Herren Dr. Markus Ley und Bastian Voell für die kritische Durchsicht der Arbeit sowie Herrn Kai Kupferschmidt für seine Gastfreundschaft während meiner Aufenthalte in Berlin.

Bonn, im Juni 2013

Sebastian Keding

Vorwort des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken

Mit der Schaffung des PfandBG im Jahre 2005 wurde das Spezialbankprinzip abgeschafft, das bis dahin als eine der Säulen der Pfandbriefsicherheit betrachtet wurde. Dem vorausgegangen waren lange Diskussionen über die Frage, wie innerhalb einer juristischen Person Vermögenswerte so identifiziert werden können, dass sie in der Insolvenz dieser Person einer bestimmten Gruppe von Gläubigern, hier den Pfandbriefgläubigern, zugeordnet werden können – und zwar so zweifelsfrei, dass die Kapitalmarktinvestoren hier kein Insolvenzrisiko sehen. Schon bei diesen Arbeiten haben wir sehr bedauert, dass keine vertieften wissenschaftlichen Arbeiten verfügbar waren, schon gar keine aktuelleren, die sich mit diesem komplexen Thema der Verbindung eines Insolvenzvorrechts mit der Gestaltung des Geschäftskreises einer Bank befassen.

Dieser Umstand stellt auch im Hinblick auf Diskussionen, die zur Zeit weltweit geführt werden, eine empfindliche Lücke in der Forschung dar: Seit etwa 15 Jahren haben sehr viele europäische Staaten ihre Gesetze über pfandbriefähnliche Finanzinstrumente, heute allgemein covered bonds genannt, modernisiert und sich hierbei wiederum stark am deutschen Recht orientiert; zuerst am Hypothekendarlehenbankgesetz und seit 2005 am Pfandbriefgesetz. Heute verfügen 33 Länder Europas über Gesetze zu covered bonds. Außerhalb Europas wird in Nordamerika, Australien sowie in mehreren Staaten Asiens und Südamerikas und jüngst auch in Marokko an der Einführung von covered bond-Gesetzen gearbeitet. Überall ist das deutsche Pfandbriefgesetz die Benchmark für die Gesetzesarbeiten. Und immer wieder wird danach gefragt, wie man bei den Anfängen der gesetzlichen Regelung, nämlich dem Hypothekendarlehenbankgesetz, die mit einem solchen Finanzprodukt verbundenen Grundsatzfragen diskutiert und entschieden hat. Da die Insolvenz einer Bank heute auch in Europa keine rein theoretische Sache mehr ist, wird auch hierbei die Frage, ob eine insolvenzrechtliche Abschottung innerhalb derselben juristischen Person auch wirklich insolvenzfest gestaltet werden kann, mittlerweile sehr detailliert erörtert. Besonders brisant ist hierbei der rechtspolitische Konflikt zwischen covered bonds und den ungesicherten Gläubigern einer Bank, insbesondere den Einlagen. Nicht alles, was heute hierzu gedacht und formuliert wird, ist völlig neu. Vielmehr ist es erstaunlich, wie viele der heutigen Fragestellungen bereits

Ende des 19. Jahrhunderts diskutiert worden sind. Dies gilt auch für vertragliche Strukturen, die man heute als structured covered bonds bezeichnet – und die es in diversen Formen auch schon früher gegeben hat, bevor das Hypothekendarlehenbankgesetz die besondere rechtliche Sicherheit der Pfandbriefinhaber in der Insolvenz der Bank regelte.

Aufbauend auf bisher nicht untersuchten Originalakten zeichnet die vorliegende rechtshistorische Arbeit die Hintergründe des besonderen Pfandbriefschutzes und die damit während seiner Einführung verbundenen Probleme und Diskussionspunkte nach. Sie schließt damit die zuvor erwähnte Lücke in der Forschung und legt hierdurch einen Fundus an grundsätzlichen Problemstellungen, Ideen und Erwägungen offen, der durch seine inhaltliche Aktualität auch die Debatten in der Gegenwart befruchten kann.

Dr. Otmar Stöcker, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken, im Juni 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Verfassers.....	VII
Vorwort des Verbandes deutscher Pfandbriefbanken.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XXIII
Einleitung.....	1
<i>A. Die Hintergründe des § 35 Abs. 1, 2 Hypothekbankgesetz vom 13. Juli 1899 – Finanzmarktsteuerung durch Kreditsicherungsrecht?</i>	1
<i>B. Forschungsstand und -bedürfnis</i>	10
I. Finanzmarktsteuerung und Kreditsicherungsrecht in historischer Perspektive.....	10
1. Die These von der Freiheit der Banken in Bezug auf ihren Geschäftsbetrieb.....	10
2. Die These von der wirtschaftsgestalterischen Neutralität des Konkursrechts.....	12
II. Die Geschichte der Hypothekbanken und die Pfandbrieffrage	15
<i>C. Arbeitshypothesen – Ziele des Kreditsicherungsrechts</i>	17
I. Beeinflussung des Kapitalmarktes zur Realkreditförderung.....	17
II. Geschäftsfeldförderung und Hypothekbankstrukturierung durch Kreditsicherungsrecht	18
<i>D. Methodische Erwägungen</i>	19
I. Untersuchungsgegenstand und Terminologie: Was ist der Pfandbrief i. S. d. Untersuchung?.....	19
1. Verschiedene als „Pfandbriefe“ bezeichnete Wertpapiere im 19. Jahrhundert – Abgrenzung der dahinter stehenden rechtlichen Konzeptionen.....	19
2. Der Emittent als Abgrenzungskriterium zur Bestimmung des Pfandbriefs i. S. d. Untersuchung: Hypothekbanken	21

II. Die Bezeichnung der konkursrechtlichen Sicherstellung als Pfandbriefprivileg.....	24
III. Erläuterung des Arbeitskonzepts zur Beantwortung der aufgeworfenen Fragen.....	25
1. Der methodische Ansatz – Untersuchte Materialien.....	25
2. Der Aufbau der Arbeit – Stationen der Untersuchung.....	28
Kapitel 1: Die 1860er Jahre: Einführung der statuarischen Pfandbriefprivilegien in Preußen.....	31
<i>A. Konkursprivilegien aus zeitgenössischer rechtlicher und ökonomischer Perspektive zur Mitte des 19. Jahrhunderts.....</i>	<i>31</i>
I. Vorbemerkung.....	31
II. Entwicklungsströmungen und Leitprinzipien im materiellen Konkurs- und Sachenrecht bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts.....	33
1. Römisches und gemeines Recht: Von den Pfandrechten zu den Privilegienordnungen.....	33
2. Abkehr von der Systematik des römischen und gemeinen Rechts in den Partikulargesetzgebungen: Allgemeine Privilegienaversion und Publizitätsprinzip.....	36
3. Die Hypothek	38
a) Vorbemerkung.....	38
b) Bayern	38
c) Preußen	40
4. Vertragliche Pfandrechte an Hypothekenforderungen.....	41
a) Bayern.....	41
b) Preußen.....	44
III. Konkursprivilegien gegenüber Banken im Lichte der Bankfreiheitslehre.....	46
IV. Zusammenfassung.....	51
<i>B. Ursachen für die Konzessionierung der statuarischen Pfandbriefprivilegien</i>	<i>52</i>
I. Vorbemerkung.....	52
II. Die gesellschaftsvertraglichen Pfandbriefprivilegien in Preußen bis 1869.....	53
III. Motive für die Einführung der Hypothekenbanken aus staatlicher Sicht.....	54
1. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.....	54
a) Kreditbedürfnis und -not in den 1850er und 1860er Jahren.....	54

b) Investitionsmöglichkeiten in Grund und Boden: Realkreditprodukte.....	56
c) Kritik an dem bestehenden Realkreditsystem.....	61
2. Reformbestrebungen in Preußen – Ziel: Die Mobilisierung der Sicherungsrechte.....	63
a) Das Staatsinteresse an einem funktionsfähigen Realkreditwesen.....	63
b) Überarbeitung des Grundstücksrechts in Preußen: Die Einführung der Grundschuld.....	67
c) Die institutionelle Lösung der Realkreditfrage.....	70
aa) Idee und Vorteile gegenüber der Individualhypothek: Intermediation, Mobilisierung der Werte in Grund und Boden und Amortisationshypothek.....	70
bb) Die Rolle des Staats auf dem Realkreditmarkt: Keine unmittelbare wirtschaftliche Betätigung	72
d) Hindernisse bei der Einführung privater Hypotheken- aktienbanken in Preußen.....	74
e) Hinwendung des preußischen Staats zur Idee der Hypothekenaktienbanken	78
aa) Die Denkschrift Engels und der Crédit Foncier als Motor.....	78
bb) Zunehmende Förderung von Hypothekenbank- gründungen auf Ebene der Gesetzgebungsorgane.....	80
(1) Erlass der preußischen Normativbestimmungen.....	80
(2) Modifikation der Normativbestimmungen und Gesetzentwurf über die Errichtung von Hypothekenbanken.....	82
(3) Der Wandel in der Einstellung gegenüber Aktienbanken auf dem Realkreditmarkt im Spiegel der Arbeiten der Enquete über das Hypotheken-Bankwesen 1868.....	84
IV. Rechtfertigung der gesellschaftsvertraglichen Pfandbriefprivilegien im Spiegel der ersten Gründungsverfahren in Preußen.....	86
 <i>C. Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungslogiken</i>	
– Die Genehmigung der gesellschaftsvertraglichen Pfandbriefprivilegien als Mittel der Finanzmarktsteuerung.....	95

Kapitel 2: Die Pfandbrieffrage in den 1870er Jahren – Erste Bestrebungen zur Schaffung eines reichsgesetzlichen Pfandbriefprivilegs.....	98
<i>A. Vorbemerkung.....</i>	98
<i>B. Die Statuten der Hypothekenbanken zu Beginn der 1870er Jahre.....</i>	99
I. Das Geschäftsmodell der Institute.....	99
II. Weiterentwicklung der gesellschaftsvertraglichen Pfandbriefprivilegien.....	103
<i>C. Die wirtschaftliche Entwicklung der Hypothekenbanken zu Beginn der 1870er Jahre.....</i>	107
<i>D. Die Debatte um die Wirksamkeit der gesellschaftsvertraglichen Pfandbriefprivilegien auf deutschem Rechtsgebiet.....</i>	115
I. Diskussion in Österreich und Zusammenbruch der Sächsischen Hypothekenbank.....	115
II. Rechtliche Analyse der bayerischen Hypothekenbankstatuten.....	116
1. Unwirksamkeitserklärung der gesellschaftsvertraglichen Pfandbriefprivilegien durch das bayerische Justizministerium.....	116
2. Die einzelnen Rechtsprobleme des Pfandrechtsmodells.....	118
III. Rechtliche Analyse der preußischen Hypothekenbankstatuten.....	124
IV. Zusammenfassung.....	126
<i>E. Erste Rahmengesetzgebung für ein Pfandbriefprivileg in der Reichskonkursordnung.....</i>	127
I. Der zeitliche Ablauf.....	127
II. Ziel: Reduzierung der Konkursprivilegien.....	129
III. Pfandbriefschutz ohne Sonderrecht – Der allgemeine konkursrechtliche Rahmen nach der Reichskonkursordnung.....	130
1. Der formelle Verfahrensablauf der Reichskonkursordnung bei Auflösung einer Aktiengesellschaft.....	130
2. Das materielle Befriedigungssystem.....	132
a) Die bevorrechtigten Konkursgläubiger.....	132
b) Absonderungsrechte.....	133
aa) Die Grundkonzeption.....	133
bb) Voraussetzungen für die vertragliche Begründung eines zur Absonderung berechtigenden Pfandrechts.....	134
cc) Das Pfandrecht an beweglichen, körperlichen Sachen im Konkurs.....	136

dd) Das Pfandrecht an Forderungen im Konkurs.....	137
IV. Einführung eines besonderen Pfandbriefschutzes – § 17 des Einführungsgesetzes zur Reichskonkursordnung.....	139
1. Vorbemerkung.....	139
2. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs.....	140
3. Die Diskussion um das „wie“ eines Pfandbriefprivilegs.....	143
a) Der Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichs- konkursordnung: Unmittelbar reichsgesetzlich geregelte Ermächtigung der Pfandbriefemittenten zur Einräumung eines Absonderungs- oder Vorrechts.....	143
b) Kritik an der Ausgestaltung und Anträge auf Streichung des besonderen Pfandbriefschutzes in der Kommission zum Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichskonkursordnung.....	145
c) Die Anträge der Länder: Änderung der unmittelbaren reichsgesetzlichen Ermächtigung zu Gunsten der Hypothekenbanken in einen Gesetzesvorbehalt der Länder.....	147
d) Erste Krise des Hypothekenbankwesens ab 1875 – Forderungen nach Erlass eines besonderen Pfandbriefgesetzes durch das Reich.....	148
e) Abkehr von der Vorrechtslösung in den Beratungen der zweiten Kommission am 26. Mai 1876	150
V. Zusammenfassung.....	154
<i>F. Die Rezeption des Gesetzes in der Literatur.....</i>	155
I. Negative wirtschaftliche Entwicklung der Hypothekenbanken ab 1877.....	155
II. Forderungen nach Schaffung eines Hypothekenbankgesetzes.....	158
III. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs.....	160
IV. Die Diskussion um das „wie“ eines Pfandbriefprivilegs.....	161
1. Kritik der Literatur an § 17 des Entwurfs eines Einführungsgesetzes zur Reichskonkursordnung	161
a) Wirtschaftliche Erwägungen.....	161
b) Dogmatische Probleme im Hinblick auf die Faustpfandbeziehung.....	164
2. Alternative Lösungsvorschläge.....	169
<i>G. Die Faustpfandgesetzentwürfe von 1879/80.....</i>	170
I. Entstehung des ersten Gesetzentwurfs für den Bundesrat von 1879.....	170
1. Zeitlicher Ablauf bis zur Einbringung in den Bundesrat.....	170

2. Berücksichtigte ausländische Gesetzgebung – Der englische Mortgage Debenture Act vom 29. Juni 1865 und das österreichische Pfandbriefgesetz vom 24. April 1874.....	173
II. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs.....	174
1. Positive Rechtfertigung und Ziele des Pfandbriefprivilegs.....	174
2. Abwägungen zum Schutz der übrigen Gläubiger.....	178
III. Das „Wie“ – Rückgriff auf eine Faustpfandlösung.....	180
1. Rechtfertigung des Rückgriffs auf ein Reichsgesetz.....	180
2. Handlungsrationaltäten: Dispositionsfreiheit und Pfandbriefschutz	180
3. Das gesetzliche Pfandbriefprivileg des Entwurfs.....	185
a) Rahmenrechtsetzung durch das Reich.....	185
b) Die Faustpfandbestellung.....	186
c) Die Einbindung des Pfandhalters in den Geschäftsbetrieb.....	189
d) Erlöschen und Aufhebung des Faustpfandrechts.....	191
4. Verfahrensrechtliche Besonderheiten im Konkurs.....	192
IV. Gründe des Scheiterns im Spiegel der Beratungen über die Faustpfandgesetzentwürfe von 1879 und 1880.....	196
1. Zeitlicher Ablauf der Beratungen und Vorbemerkung.....	196
2. Beratungen zu dem am 11. März 1879 in den Reichstag eingebrachten Entwurf eines Faustpfandgesetzes	199
a) Forderungen nach konkreten Vorschriften zur Geschäftsführung der Hypothekenbanken	199
b) Erneute Debatte um das „wie“ des Pfandbriefschutzes.....	201
aa) Die Debatte um die Einführung einer Geschäftsfeldbegrenzung als alternatives Kreditsicherungsmittel.....	201
bb) Kritik an der Faustpfandlösung – Alternative konkursrechtliche Lösungsvorschläge.....	210
c) Erneute Debatte um das „ob“ des Pfandbriefschutzes: Zunehmende Berücksichtigung der Schutzwürdigkeit der übrigen Gläubiger.....	212
d) Ergebnis der Beratungen und Änderungen des Entwurfs.....	214
3. Erneute Debatte um das „ob“ des Pfandbriefschutzes: Beratungen zu dem am 27. Februar 1880 in den Reichstag eingebrachten Entwurf eines Faustpfandgesetzes.....	215
a) Zunehmende Ablehnung des Entwurfs in seiner Gesamtheit durch die XIII. Kommission	215
b) Ablehnung eines konkursrechtlichen Pfandbriefschutzes in der Literatur.....	218
<i>H. Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungslogiken.....</i>	220

I. Zur Motivierung des Pfandbriefschutzes – Das Pfandbriefprivileg als Mittel zur Steuerung des Finanzmarktes.....	220
II. Analyse der Handlungslogiken.....	221

Kapitel 3: Der Zeitraum von 1881 bis 1895 – Die Einführung des reichsgesetzlichen Pfandbriefprivilegs in der Schweben.....225

<i>A. Die Pfandbrieffrage zu Beginn der 1880er Jahre – Rechtfertigungskrise der Hypothekenbanken.....</i>	<i>225</i>
I. Vorbemerkung.....	225
II. Wirtschaftliches Umfeld in den 1880er Jahren: Ende der Hypothekennot, zunehmende Bodenverschuldung und Druck auf die Landwirtschaft.....	225
III. Verlagerung des Schwerpunkts innerhalb der Diskussionen um den Realkreditmarkt: Die Agrarfrage als Kritik an der Mobilisierung von Grund und Boden und einer unverhältnismäßigen Bodenverschuldung	228
IV. Streit um den volkswirtschaftlichen Nutzen der Hypothekenbanken und der Amortisationshypothek – Die Hypothekenbanken als Feinde des Grundbesitzes?.....	235
V. Umfassende Reformbestrebungen in Preußen.....	245
VI. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs.....	248
1. Die Bedingtheit eines Pfandbrief- durch den Erlass eines Hypothekenbankgesetzes.....	248
2. Die Einstellung des Reichs und Preußens gegenüber den Hypothekenbanken und einem Hypothekenbankgesetz.....	249
a) Wandel der Einstellung Preußens gegenüber den Hypothekenbanken: Zunehmende Ablehnung der Institute	249
b) Fehlen einer Zielvorstellung auf Reichsebene.....	255
3. Bestrebungen nach Wiedervorlage der Faustpfandgesetzentwürfe von 1879/80.....	256
VII. Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungslogiken.....	260
1. Zur Motivierung des Pfandbriefschutzes – Das Pfandbriefprivileg als Mittel zur Steuerung des Finanzmarktes.....	260
2. Die kritische Einstellung gegenüber den Hypothekenbanken als Entwicklungshemmnis.....	262
 <i>B. Das Pfandbriefgesetz für Sachsen-Coburg und Gotha – Erlass eines Pfandbriefgesetzes nach dem Vorbild der Faustpfandgesetzentwürfe 1879/80 auf Länderebene:</i>	 <i>262</i>

I. Schwierigkeiten bei der Grundkreditbank in Gotha, der Norddeutschen Grundkreditbank und der Pommerschen Hypothekenbank.....	262
II. Inhalt des Gesetzes.....	265
III. Bewertung.....	267
C. <i>1884–1887: Arbeiten an einem Reichspfandbrief- und Reichshypothekenbankgesetz</i>	269
I. Wandel in der Einstellung Preußens und der agrarisch-konservativen Kreise.....	269
II. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs.....	271
III. Der Entwurf eines „Gesetzes, betreffend den Geschäftsverkehr der Hypothekenbanken“	273
1. Ziel: Verbindung mit einem Pfandbriefgesetz.....	273
2. Inhalt.....	273
IV. Gründe des Scheiterns und damit der Wiedervorlage der Faustpfandgesetzentwürfe 1879/80 im Spiegel der Beratungen zum Entwurf eines Hypothekenbankgesetzes von 1886.....	277
V. Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungslogiken.....	280
1. Zur Motivierung des Pfandbriefschutzes – Das Pfandbriefprivileg als Mittel zur Steuerung des Finanzmarktes.....	280
2. Hypothekenbankgesetzgebungserfordernis als Hindernis	282
D. <i>Pfandbriefschutz und Bürgerliches Gesetzbuch – Wiederaufleben und erneutes Scheitern der Gesetzgebungsbemühungen um die Wende der 1880er/1890er</i>	282
I. Zeitlicher Ablauf	282
II. Pfandbriefschutz im Spiegel der Arbeiten am ersten Entwurf des Bürgerlichen Gesetzbuchs	284
1. Ziele des Gesetzgebers bei den Arbeiten zum Bürgerlichen Gesetzbuch.....	284
2. Auswirkungen des BGB auf das Konkursrecht: Aufhebung von § 17 Nr. 1 des Einführungsgesetzes zur Reichskonkursordnung.....	284
3. Die Begründung von Pfandrechten an (Hypotheken-)Forderungen nach dem BGB.....	287
4. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs in der Literatur.....	289
5. Die Diskussion um das „wie“ des Pfandbriefprivilegs in der Literatur.....	291
III. Die Debatte um das „ob“ des Pfandbriefprivilegs auf der Ebene des Gesetzgebers zu Beginn der 1890er Jahre	293
1. Die Ansicht von der Aufschiebbarkeit des Pfandbriefgesetzes.....	293

2. Das Bedürfnis nach einem Hypothekenbankgesetz als Motor der Rechtsentwicklung?	294
a) Abweichende Einstellungen in Bezug auf ein Hypothekenbankgesetz.....	294
b) Die preußischen Normativbestimmungen 1893 als gezielte Vorbereitungshandlung Preußens für ein Hypothekenbankgesetz.....	298
IV. Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungslogiken.....	300
1. Zur Motivierung des Pfandbriefschutzes – Das Pfandbriefprivileg als Mittel zur Steuerung des Finanzmarktes.....	300
2. Das zunehmende Bedürfnis nach einem Hypothekenbankgesetz wirkt nicht als Motor.....	301

Kapitel 4: Die Einführung des Pfandbriefprivilegs durch das Reichshypothekenbankgesetz..... 302

<i>A. Der historische Kontext in den 1890er Jahren.....</i>	302
I. Erlass von Pfandbriefgesetzen auf Länderebene.....	302
II. Positive Entwicklung der Hypothekenbanken und des Realkreditmarktes seit dem Ende der 1880er Jahre trotz Krise des Kapitalmarktes zu Beginn der 1890er Jahre.....	304
<i>B. Zeitlicher Ablauf der unmittelbaren Arbeiten an dem Hypothekenbankgesetz.....</i>	306
<i>C. Eingriffe in den Geschäftsbetrieb der Institute – Die wirtschaftliche Sicherstellung der Pfandbriefinhaber.....</i>	311
<i>D. Die Lösung der Pfandbrieffrage – § 35 Abs. 1, 2 HBG</i>	314
<i>E. Die Debatte um die rechtliche Sicherstellung der Pfandbriefinhaber</i>	315
I. Die Diskussion um das „ob“ eines Pfandbriefprivilegs.....	315
II. Die Diskussion um das „wie“ eines Pfandbriefprivilegs.....	324
1. Vorbemerkung.....	324
2. Konkursrechtliche Lösung: Die Diskussion um die zu wählende Privilegienkategorie.....	325
a) Der Entwurf des Reichsjustizamts und seine Behandlung in der Sachverständigenkommission.....	325

b) Widerstand der Presse und der Landesregierungen nach der Veröffentlichung des Entwurfs.....	329
c) Modifikation des Schutzmodells durch das Reichsjustizamt und die Behandlung des Entwurfs im Bundesrat.....	333
d) Die Behandlung des Gesetzentwurfs im Reichstag	337
3. Erwägungen zur Geschäftsfeldbegrenzung: Kein alternatives Kreditsicherungsmittel zu Gunsten der Pfandbriefinhaber.....	340
III. Auswirkungen der Debatte um die konkursrechtliche Privilegierung auf die Diskussionen um die Geschäftsstruktur der Hypothekenbanken.....	342
IV. Der Konkurs der Hypothekenbanken nach der Konzeption des Hypothekenbankgesetzes.....	343
<i>F. Analyse der rechtlichen und wirtschaftlichen Handlungslogiken.....</i>	344
I. Zur Motivierung des Pfandbriefschutzes – Das Pfandbriefprivileg als Mittel zur Steuerung des Finanzmarktes.....	344
II. Die Ausgestaltung des Pfandbriefprivilegs als Rechtsproblem.....	345
Kapitel 5: Untersuchungsergebnisse und Gegenwartsbezug.....	346
<i>A. Untersuchungsergebnisse.....</i>	346
<i>B. Gegenwartsbezug.....</i>	352
I. Weitere Entwicklung des rechtlichen Pfandbriefschutzes bei Ausfall des Emittenten.....	352
1. Die Krise des Hypothekenbankwesens 1900.....	352
2. Entwicklung des Pfandbriefprivilegs und Diskussionen um seine Rechtsnatur bis 1998.....	354
3. Konzeptionelle Neuausrichtung des rechtlichen Pfandbriefschutzes seit 1998.....	357
a) Das dritte Finanzmarktförderungsgesetz 1998: Einführung des Sondervermögensmodells.....	357
b) Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2002/47/EG vom 5. April 2004: Einführung des Sachwalters.....	359
c) Das Pfandbriefgesetz 2005: Wegfall der Geschäftsfeldbegrenzung.....	361
d) Die Novellen 2009 und 2010: Vom Sondervermögensmodell zum Trennungsprinzip und der „Pfandbriefbank mit beschränkter Geschäftstätigkeit“	364

4. Die Bedeutung des Pfandbriefs auf dem Markt für Covered Bonds.....	366
II. Vergleich der gegenwärtigen Diskussionen in Bezug auf den Pfandbrief und Covered Bonds mit den Debatten im 19. Jahrhundert.....	368
1. Die gegenwärtigen Diskussionen um die Abschottung der Deckungswerte zu Gunsten der Schuldverschreibungsinhaber.....	368
2. Die gegenwärtigen Diskussionen um das Verhältnis der Covered Bonds bzw. des Pfandbriefs und der Einlagengläubiger in der Insolvenz	370
 Anhang.....	 377
A. <i>Biographisches Verzeichnis</i>	377
B. <i>Verzeichnis genannter Zeitungen</i>	396
C. <i>Gesetzentwurf, „betreffend den Geschäftsverkehr der Hypothekenbanken“ von 1886 (BArch R 1501/101902 (fol. 90 ff.))</i>	398
 Literaturverzeichnis.....	 405
 Register.....	 435

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere Ansicht
a. F.	alte Fassung
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Tübingen 1818 ff.)
ADB	Allgemeine Deutsche Biographie (Leipzig 1875-1910)
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch vom 31. Mai 1861 in der Fassung vom 5. Juni 1869
AG	Aktiengesellschaft
ALR	Allgemeines Preußisches Landrecht vom 1. Juni 1794
ÄndG-RKO 1898	Gesetz, betreffend Aenderungen der Konkursordnung, sowie eines zugehörigen Einführungsgesetzes vom 17. Mai 1898
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
BArch	Bundesarchiv
BB	Betriebs-Berater – Zeitschrift für Recht, Steuern und Wirtschaft (Frankfurt a. M. 1946 ff.)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 1. Januar 1900
BGB-E	Erster Entwurf des BGB
BHG	Bayerisches Hypothekengesetz vom 1. Juni 1822
BHW	Bayerische Hypotheken- und Wechselbank
BJDN	Biographisches Jahrbuch und Deutscher Nekrolog (Berlin 1897-1917)
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht (München, Frankfurt a. M., Berlin 2001 ff.)
BKVG	Bayerisches Kreditvereinsgesetz vom 11. September 1825
BlfRA	Blätter für Rechtsanwendung zunächst in Bayern (Erlangen 1836-1855)
BlfRA n. F.	Dr. J.A. Seufferts Blätter für Rechtsanwendung (München 1859-1913)
BNotG	Bayerischen Notariatsgesetzes vom 10. November 1861
BPrO	Bayerische Prioritätsordnung vom 1. Juni 1822
BR-Drs.	Bundesratsdrucksache
BR-FaupfandG-E 1879	Der Bundesratsentwurf eines Gesetzes, betreffend das Faupfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen vom 20. Januar 1879
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buschs Archiv	Archiv für Theorie und Praxis des allgemeinen Deutschen Handelsrechts (Berlin 1863 ff.)

CPO	Civilprozessordnung für das Deutsche Reich vom 1. Oktober 1879
dass.	dasselbe
DBE	Deutsche Biographische Enzyklopädie (München u. a. 1995 ff.)
DBJ	Deutsches Biographisches Jahrbuch (Stuttgart, Berlin, Leipzig 1925-1932)
ders.	derselbe
DHbl.	Deutsches Handelsblatt. Wochenblatt für Handelspolitik und Volkswirtschaft. Zugleich Organ für die amtlichen Mitteilungen des Deutschen Handelstages (Berlin 1871-1884)
dies.	dieselben
Diss.	Dissertation
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung (München, Berlin 1896-1936)
Dok.-Nr.	Dokumenten-Nummer
ebda.	ebenda
EG	Einführungsgesetz
EG-BGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 1. Januar 1900
EG-BGB-E	Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 1. Januar 1900
EG-RKO-E	Der in der Vorkommission beratene Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichskonkursordnung
EG-RKO-E vom 21. Januar 1875	Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Einführungsgesetzes zur Reichskonkursordnung
EG-RKO	Einführungsgesetz zur Reichskonkursordnung
f.	folgende
ff.	fortfolgende
fol.	Folie
gem.	gemäß
ggf.	gegebenenfalls
GSO-E	Entwurf einer Gemeinschuldordnung
GStPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
ha	Hektar
HBG	Hypothekenbankgesetz vom 13. Juli 1899
HBG-E 1886	Entwurf eines Gesetzes, betreffend den Geschäftsverkehr der Hypothekenbanken von 1886
HBG-E II	Der in der Kommission am 24. November 1897 beratene Entwurf eines Hypothekenbankgesetzes
HBG-E III	Der am 26. Mai 1898 im Reichsanzeiger veröffentlichte Entwurf eines Hypothekenbankgesetzes
Hirths Annalen	Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik. Staatswissenschaftliche Zeitschrift und Materialiensammlung (München, Berlin, Leipzig 1870 ff.)
HKK	Historisch-kritischer Kommentar

Holdheims Wochenschrift	Monatsschrift für Handelsrecht und Bankwesen, Steuer- und Stempelfragen (Berlin 1897-1919)
Hrsg.	Herausgeber
i. d. F. v.	in der Fassung von/vom
i. d. R.	in der Regel
i. S. d.	im Sinne der/des
i. V. m.	in Verbindung mit
JV	Juristische Vierteljahresschrift (Prag 1885 ff.)
JZ	Juristenzeitung (Tübingen 1946 ff.)
Kap.	Kapitel
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KTS	KTS: Zeitschrift für Insolvenzrecht (Köln, Berlin, München 2004 ff.)
Landwirtschaftliche Jahrbücher	Landwirtschaftliche Jahrbücher: Zeitschrift für wissenschaftliche Landwirtschaft und Archiv des Königlich-Preußischen Landes-Oekonomie-Kollegiums (Berlin 1875 ff.)
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
n. Chr.	nach Christus
n. F.	neue Fassung
NDB	Neue Deutsche Biographie (Hrsg.: Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Berlin 1953 ff.)
Nr.	Nummer
NZI	Neue Zeitschrift für das Recht der Insolvenz und Sanierung; das gesamte Verfahren der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenz (München, Frankfurt a. M. 1998 ff.)
o. ä.	oder ähnlichem/ähnliches
o. g.	oben genannte/genannter
ÖBL	Österreichisches Biographisches Lexikon 1815-1900 (Hrsg. von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Graz u. a. 1957 ff.)
ÖPG	Gesetz über Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Banken vom 21. Dezember 1927
p. a.	per annum
PAGO	Allgemeine Gerichts-Ordnung für die Preußischen Staaten vom 6. Juli 1793
PfandBG	Pfandbriefgesetz
PfandbriefG-Sachsen-Coburg/Gotha	Gesetz für die Herzogthümer Sachsen-Koburg und Gotha, betreffend die Sicherstellung der Rechte der Besitzer von Pfandbriefen, vom 4. April 1885
PfandbriefG-Schwarzburg-Sondershausen	Schwarzburg-Sondershausen'sches Pfandbriefgesetz vom 15. Januar 1896

PfandbriefVO-Mecklen- burg-Strelitz	Mecklenburg-Strelitz'sche Verordnung, betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen vom 3. März 1894
PGEB	Preußisches Gesetz über den Eigentumserwerb und die dingliche Belastung von Grundstücken, Bergwerken etc. vom 5. Mai 1872
PGO	Preußische Grundbuchordnung vom 5. Mai 1872
PHO	Allgemeine Hypotheken-Ordnung für die gesamten Königlichen Staaten vom 20. Dezember 1783
PKO	Preußische Konkursordnung vom 8. Mai 1855
PNB	Preußische Normativbestimmungen von 1863/1867
PNB 1893	Preußische Normativbestimmungen vom 27. Juni 1893
PrGS	Gesetzes-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten
QFIAB	Quellen und Forschungen aus italienischen Archiven und Bibliotheken (Rom, Stuttgart 1898 ff.)
RDepotG	Reichsdepotgesetz vom 5. Juli 1896
RGBL	Reichsgesetzblatt
RJ-HBG-E	Erste, im Reichsjustizministerium ausgearbeitete Grundzüge eines Hypothekenbankgesetzes
RKO	Reichskonkursordnung vom 10. Februar 1877
RKO-E II	Zweiter Entwurf einer Reichskonkursordnung
RKO 1898	Reichskonkursordnung in der Fassung vom 17. Mai 1898
RS	Rückseite
RM	Reichsmark
RSchVG	Reichsgesetz, betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen vom 4. Dezember 1899
RT-FaustpfandG-E 1879	Reichstagsentwurf eines Gesetzes, betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen vom 11. März 1879
RT-FaustpfandG-E 1880	Reichstagsentwurf eines Gesetzes, betreffend das Faustpfandrecht für Pfandbriefe und ähnliche Schuldverschreibungen vom 27. Februar 1880
SchiffspfandBG	Gesetz über Schiffspfandbriefbanken vom 14. August 1933
SchuldverschreibungsG- Baden	Badisches Gesetz, die Pfandrechte für Schuldverschreibungen auf den Inhaber betreffend vom 12. April 1892
SchuldverschreibungsG- Elsaß-Lothringen	Elsaß-Lothringisches Gesetz, betreffend das Pfandrecht für die von Bodenkreditgesellschaften ausgegebenen Schuldverschreibungen vom 22. Mai 1893
u. a.	und andere / unter anderem
v. Chr.	vor Christus
Verf.	Verfasser
VS	Vorderseite
z. B.	zum Beispiel
ZfGfR	Zeitschrift für die deutsche Gesetzgebung und für einheitliches deutsches Recht (Berlin 1872-1875)

ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht (Berlin 1972 ff.)
ZHR	Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht (Stuttgart 1858 ff.)
Ziff.	Ziffer
ZinsO zit.	Zeitschrift für das gesamte Insolvenzrecht (Münster 1998 ff.) zitiert
ZNR	Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte (Wien 1979 ff.)
ZRL	Zeitschrift für Reichs- und Landesrecht mit besonderer Rücksicht auf Bayern (Nördlingen 1874 ff.)
ZSB	Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus (Berlin 1864 ff.)
ZStW	Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft (Tübingen 1844 ff.)

Einleitung

A. Die Hintergründe des § 35 Abs. 1, 2 Hypothekendarbankgesetz vom 13. Juli 1899 – Finanzmarktsteuerung durch Kreditsicherungsrecht?

Am 13. Juli 1899 erließ der Reichsgesetzgeber das Hypothekendarbankgesetz (HBG)¹. Dieses enthielt in § 35 Abs. 1, 2 HBG eine dem Kreditsicherungsrecht zugehörige Norm: Im Konkurs der Bank sollten die Pfandbriefinhaber hinsichtlich der Hypothekendarforderungen des Instituts vor dessen übrigen Gläubigern befriedigt, mithin privilegiert behandelt werden. Schon kurze Zeit nach der Verabschiedung des Gesetzes zeigten sich massive Unsicherheiten im Umgang mit der Regelung. Das galt besonders für die Beurteilung ihrer Rechtsnatur. *Dannenbaum* beklagte in seinem Kommentar zum HBG, der Gesetzgeber habe den Pfandbriefinhabern insoweit „eine in der Konkursordnung nicht vorgesehene Sonderstellung [gegeben], ohne sie im einzelnen klarzulegen“.² Man bezeichnete § 35 HBG als „Zwittergebilde[s]“³, als „Mittelding zwischen Konkursvorrecht und Absonderungsrecht“⁴, dessen Dogmatik in einem „theoretischen Dunkel“⁵ liege.⁶ Schon die Verfasser des am 3. Februar 1899 in den Reichstag eingebrachten Gesetzentwurfs eines HBG hatten insoweit auf die hinter § 35 HBG stehenden „eigenartigen Verhältnisse[n]“ hingewiesen.⁷

Die Einführung der Regelung schloss einen Prozess ab, der bereits in den 1870er Jahren begonnen hatte: Über einen etwa dreißigjährigen Zeit-

¹ Abgedruckt in RGBl. 1899, Teil I, S. 375 ff.

² *Dannenbaum*, Deutsche Hypothekendarbanken, S. 229.

³ *Jaeger*, Kommentar zur Konkursordnung und den Einführungsgesetzen (6. und 7. Auflage, Bd. 1), S. XVIII.

⁴ *Dannenbaum*, Deutsche Hypothekendarbanken, S. 227.

⁵ *Hedemann*, Bodenrecht I, S. 217.

⁶ Ein solches Sonderrecht, jedenfalls einen Sicherungsmechanismus, dessen Rechtsnatur in der Literatur nicht eindeutig bestimmt werden konnte, schufen auch das österreichische Pfandbriefgesetz von 1874 und das „Décret sur les sociétés de Crédit foncier“ von 1852. Vgl. zu den bezüglich des Zweitgenannten vorgetragenen Meinungen *Goldschmidt*, Faustpfandrecht, S. 29; RT-FaustpfandG-E vom 11. März 1879, S. 431.

⁷ Motive RT-HBG-E, S. 950.

raum hinweg hatten sich die Zeitgenossen unter dem Schlagwort der „Pfandbrieffrage“ mit der Sicherheit der Pfandbriefe von Hypothekenbanken auseinandergesetzt. Das Pfandbriefprivileg⁸ des § 35 HBG lässt sich, speziell im Hinblick auf seine rechtliche Umsetzung, nur unter Berücksichtigung dieser historischen Hintergründe verstehen. In der Untersuchung soll allerdings nicht der Frage nachgegangen werden, welche Rechtsnatur die Norm hatte. Es wird vielmehr darum gehen offenzulegen, warum der Gesetzgeber dieses Sonderrecht in seiner konkreten Gestalt schuf, welches mit rechtlichen Systemlogiken brach und Generationen von Juristen im Nachgang vor erhebliche Deutungsschwierigkeiten stellen sollte.

Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Pfandbrieffrage sich in einen Zeitraum einbettete, der durch erhebliche Umstrukturierungen des Rechts geprägt war: Zu Beginn des 19. Jahrhunderts kam es zu einer Doppelrevolution gesellschaftlicher Liberalisierung und wirtschaftlicher Industrialisierung.⁹ Der Staat¹⁰ war gezwungen, sein Regelungssystem mit den sich stetig ändernden wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Einklang zu bringen. Insbesondere in Bezug auf die wirtschaftliche Entwicklung handelte er aber nicht lediglich reaktiv, sondern gestaltete die entstehende Industriegesellschaft aktiv mit.¹¹ Das Recht wurde so zu einem Laboratorium unterschiedlicher Gestaltungsmittel, welche noch heute den Wirtschafts- und Rechtszustand prägen.

Neue Herausforderungen für das Recht ergaben sich insbesondere infolge eines grundlegenden Wandels des Finanzmarktes¹²: Die für den wirtschaftlichen Aufschwung benötigten Kapitalien führten zur Einführung neuer Finanzierungsformen durch die Unternehmen. Art und Anzahl der am Finanzmarkt gehandelten Produkte vermehrten sich in der Folge rasant. Das Kreditwesen wurde durch das Auftreten neuer Organisationsformen für Kreditinstitute, insbesondere in Form der Aktiengesellschaft, ebenso

⁸ Zur Abgrenzung der hier interessierenden konkursrechtlichen Privilegierung zu den Privilegien der rechtshistorischen Privilegienforschung in terminologischer Hinsicht vgl. unten Einleitung, D., II.

⁹ Vgl. hierzu *Wehler*, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 3, S. 3 ff.

¹⁰ Unter „Staat“ i. S. d. Untersuchung werden die Einzelstaaten des Deutschen bzw. Norddeutschen Bundes und ab 1871 des Deutschen Reichs sowie die jeweils Letztgenannten verstanden.

¹¹ Vgl. zu dieser Wechselwirkung wirtschaftlicher und rechtlicher Entwicklungen und der gegenseitigen Einflussnahme der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie aufeinander statt vieler *Schmoeckel*, Rechtsgeschichte der Wirtschaft, S. 16; *Gschwend/de Mortanges* (Hrsg.), Wirtschaftsrechtsgeschichte, S. 8; *Hansel*, Jurisprudenz und Nationalökonomie (Diss.), S. 1 ff.

¹² Finanzmarkt ist in der Untersuchung definiert als Markt, an dem Angebot und Nachfrage nach Geld und geldwerten Titeln aufeinandertreffen. Er lässt sich weiter unterteilen in den Kapital- und den Kreditmarkt.

verändert wie durch einen Wechsel der Geschäftsmodelle und -praktiken bei den bestehenden Instituten.¹³

Unter Berücksichtigung dieser Wechselwirkung von Recht und Wirtschaft im 19. Jahrhundert möchte die Untersuchung – auch im Hinblick auf gegenwärtige Diskussionen¹⁴ – offenlegen, welche rechtlichen und wirtschaftlichen Erwägungen und Konzepte die Diskussion um die Privilegierung der Pfandbriefinhaber im Konkursfall prägten. Hierbei soll die Frage des „ob“ eines Pfandbriefprivilegs im Mittelpunkt stehen. Was sprach aus rechtlicher und wirtschaftlicher Sicht also für, was gegen den Schutz der Pfandbriefinhaber?

Insbesondere wird zu klären sein, ob für die Zeitgenossen konkret die mit der konkursrechtlichen Kreditsicherung der Pfandbriefinhaber zwangsläufig verbundene Benachteiligung der übrigen Gläubiger der Hypothekendarstellungen, speziell der Einlagengläubiger, eine Rolle spielte. Noch heutzutage sind derartige Privilegierungen hochbrisant: Sie sind per se nicht mit dem Postulat der *par conditio creditorum* vereinbar, welches eine Gleichbehandlung sämtlicher Gläubigergruppen fordert.¹⁵ Für eine Ungleichbehandlung muss dementsprechend ein besonderer Rechtfertigungsgrund existieren.¹⁶ Bei der Schaffung gesetzlicher Privilegierungen hat der Gesetzgeber mithin abzuwägen, wer aus seiner Perspektive schutz-, wessen Position also förderungswürdig(er) ist. Diese Beurteilung erlangt einen neuen Bedeutungsgehalt, wenn sie sich nicht lediglich auf Einzelpersonen, sondern ganze Gläubigergruppen bezieht. Noch bedeutsamer wird sie, wenn sie Gläubigergruppen des besonders vertrauenssensiblen Finanzmarktes betrifft. Die Frage, wer schutz- oder förderungswürdig ist, wessen

¹³ Vgl. hierzu u. a. *Wandel*, Banken und Versicherungen im 19. und 20. Jahrhundert, S. 1 ff.; *Kellenbenz*, Deutsche Wirtschaftsgeschichte, Band II, S. 141 ff.; *Henning*, Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte im 19. Jahrhundert, S. 244 ff., 588 ff., 1014 ff.; *Born*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Deutschen Kaiserreichs, S. 52 ff.

¹⁴ Die Ermittlung der ökonomischen und rechtlichen Argumente und Konzepte, die auf nationaler Ebene bei der Behandlung insolvenzrechtlicher Vorrangfragen eine Rolle spielen, konkret die Erwägungen aufzudecken, warum und unter welchen Voraussetzungen es zu einer Durchbrechung des Grundsatzes der Gläubigergleichbehandlung durch die Einführung konkursrechtlicher Privilegierungen kommt, ist jedenfalls als Diskussionsgrundlage auch für aktuelle Harmonisierungsbestrebungen der Kreditsicherungsrechte auf europäischer Ebene von Bedeutung. Darauf weist etwa *Brinkmann*, Kreditsicherheiten, S. 8 ff. hin. Die Bedeutung der historischen Grundlagenforschung konkursrechtlicher Regelungen betonend auch *Stürner*, in *MüKo-InsO*, Einleitung, Rn. 25.

¹⁵ Vgl. zu diesem ausführlich *Laukemann*, KTS 2010, 69, 74 ff.

¹⁶ Die Brisanz der Schaffung gesetzlicher Privilegien hat sich in jüngerer Zeit etwa bei der Diskussion um die Wiedereinführung des Fiskusprivilegs gezeigt. Vgl. hierzu *Meier*, ZinsO 2010, 1121, 1121 ff.; *Meyer/Rein*, NZI 2004, 367, 368 f.

Vertrauen enttäuscht werden darf und wessen nicht, ist dann von besonderer Relevanz.

Bei einer Untersuchung des „ob“ kann aber das „wie“, also die Frage nach der Gestaltung einer konkursfesten Zuordnung der Hypothekenforderungen zu den Pfandbriefen, nicht unbeachtet bleiben. Die Einführung einer gesetzlichen Regelung ist ungeachtet der mit ihr verfolgten Ziele stets auch abhängig von ihrer Einführbarkeit, d.h. möglichen Widerständen gegenüber der Einführungsform. Schwierigkeiten bei der rechtlichen Umsetzung bestimmter Maßnahmen können ihre Einführung verzögern oder gar verhindern, auch wenn sie dem Grunde nach erwünscht sind. Wenn wie hier wiederum rechtliche Prinzipien durchbrochen werden, deutet das auf ein besonderes materielles Bedürfnis nach dem Erlass der jeweiligen Regelung hin. Dem Konflikt zwischen den mit dem Pfandbriefprivileg verbundenen Zielen und seiner rechtstechnischen Umsetzbarkeit gilt es daher ebenfalls Beachtung zu schenken, mithin offenzulegen, welche auf eine Besicherung der Pfandbriefinhaber abzielenden Lösungsmöglichkeiten konkret vorgeschlagen, diskutiert und ggf. aus welchen Gründen abgelehnt wurden.

Als alternatives Kreditsicherungsmittel für den Konkursfall wäre neben einem Einsatz des Konkursrechts u. a. in Betracht gekommen, das Geschäftsfeld der Emittenten auf der Passivseite¹⁷ zu begrenzen, also andere Gläubiger neben den Pfandbriefinhabern auszuschließen. Hierdurch wäre für den Konkursfall ein Sondervermögen zu Gunsten der Schuldverschreibungsinhaber geschaffen worden.¹⁸ Speziell diese Sicherungsoption ist auch für die Frage des „ob“ des Pfandbriefprivilegs interessant. Sie vermeidet Konfliktpotential in wirtschaftlicher und einen Legitimationszwang in rechtsdogmatischer Hinsicht. Bei der Verteilung des schuldnerischen Vermögens im Konkursfall existieren neben den Pfandbriefinhabern dann keine anderen Gläubiger. Wirtschaftliche Interessen der Letztgenannten können in einem solchen Szenario schon im Ansatz nicht verletzt werden. Auch das konkursrechtliche Prinzip der *par conditio creditorum* kann dann nicht durchbrochen werden. Wo nur eine einzige Gläubigergruppe existiert, deren Mitglieder untereinander gleich behandelt werden, sind Ungleichbehandlungen bei der Vermögensverteilung *per se* ausgeschlossen.

Sollte eine solche Begrenzung diskutiert worden sein, wäre als Unterfrage allerdings zunächst das Funktionsverständnis des Gesetzgebers von ei-

¹⁷ Hiermit sind die Rechtsverhältnisse gemeint, in denen die Gesellschaft als Schuldnerin auftritt, also die Geschäfte, aus denen Forderungen gegen die Hypothekenbanken erwachsen.

¹⁸ Vgl. hierzu *Stöcker*, *Housing finance international*, Winter 2011, 32, 38; *Kern*, *Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere (Diss.)*, S. 136 ff.; in Bezug auf *Asset Backed Securities* *Brinkmann*, *Kreditsicherheiten*, S. 40 f., der insoweit allerdings terminologisch von einer kreditsicherungsäquivalenten Maßnahme spricht; vgl. in diese Richtung auch *Adams*, *Ökonomische Analyse der Sicherungsrechte (Diss.)*, S. 107 ff.

ner solchen Begrenzung zu erarbeiten, konkret also die Frage zu klären, ob er sie überhaupt als alternatives Sicherungsmittel für den Konkursfall erkannte. In der heutigen Literatur wird sie weniger als Kreditsicherungsmittel, sondern vielmehr als volkswirtschaftliches Gestaltungsmittel auf dem Bankensektor gesehen, dessen Auswirkungen auf die Effizienz des Letztgenannten jedoch umstritten sind.¹⁹ Wenn eine Geschäftsfeldbegrenzung also bereits im 19. Jahrhundert als alternatives Kreditsicherungsmittel diskutiert wurde, ist damit zugleich die Frage aufgeworfen, inwiefern diese Debatte von volkswirtschaftlichen Erwägungen geprägt war und wie konkret sie sich auswirkten.

Aufbauend auf dieser Untersuchung der tatsächlich-historischen Umstände, die zur Einführung des Pfandbriefprivilegs führten, soll die Frage beantwortet werden, ob der Gesetzgeber das Kreditsicherungsrecht und hierbei speziell das Konkursrecht im 19. Jahrhundert gezielt als Mittel zur Steuerung des Finanzmarktes einsetzte. Um den Hintergrund dieser Fragestellung zu verstehen, ist zunächst näher auf die wesentlichen Merkmale der Finanzmarktsteuerung und des Kreditsicherungsrechts einzugehen.

Eine Steuerung des Finanzmarktes durch Recht kann entweder den Markt als solchen, insbesondere den Wertpapierhandel und die am Markt gehandelten Produkte, oder die am Markt tätigen Unternehmen, d. h. in erster Linie die Banken, betreffen. Die möglichen Steuerungsmittel sind mannigfaltig. In Betracht kommt der Einsatz von Kontrollmechanismen, etwa von Offenlegungspflichten ggf. in Verbindung mit Kontrollinstitutionen, ebenso, wie tatsächliche Eingriffe in den Geschäftsbetrieb der Akteure, etwa der Banken. Daneben können konkrete Produkte gänzlich verboten, ihre Emission von bestimmten Voraussetzungen abhängig gemacht oder ihr Erwerb bestimmten Personengruppen untersagt werden. Auch eine indirekte, anreizorientierte Steuerung, beispielsweise über den Einsatz von Steuern, ist möglich.²⁰ Insgesamt ist zu beachten, dass die Forschung die Bewertung rechtlicher Maßnahmen als Steuerungsmittel zum Teil davon abhängig macht, ob sie der Umsetzung einer konsistenten Wirtschaftspolitik dienen. Von einem Steuerungsmittel könne nicht gesprochen werden, wo keine hinter der Maßnahme stehende systematische Ordnungspolitik existiert habe.²¹ Würde die vorliegende Arbeit sich dieses Bewertungsmaß-

¹⁹ Vgl. hierzu etwa *Hartmann-Wendels/Pfingsten/Weber*, Bankbetriebslehre, S. 23 f.; in neuerer Zeit auch der Regierungsentwurf „eines Gesetzes zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen“, Art. 2, der unter bestimmten Voraussetzungen eine Geschäftsfeldstrukturierung von Banken vorsieht, um die Stabilität des Finanzmarktes zu gewährleisten.

²⁰ Vgl. etwa *Thier*, Regulierte Selbstregulierung und Steuerrecht im Kaiserreich, S. 169 f.; *Köndgen*, BKR 2011, 283, 283 ff.

²¹ Vgl. hierzu *Gosewinkel*, Wirtschaftskontrolle und Recht in der nationalsozialistischen Diktatur, S. XVIII ff.

stabes bedienen, müsste sie die innere Konsistenz einer unterstellten staatlichen Ordnungspolitik insgesamt bewerten um zu einem Ergebnis zu kommen. Dies wäre nicht zu bewältigen. Entscheidend für die Frage, ob das Recht als Steuerungsmittel eingesetzt wurde, wird hier alleine sein, ob es auf die Herbeiführung konkreter wirtschaftlicher Effekte, mithin eine Gestaltung des Wirtschaftslebens am Finanzmarkt, gerichtet war. Ob dahinter ein ganzheitliches, gar konsistentes, wirtschaftliches Konzept stand, ist für die Beurteilung des Pfandbriefprivilegs als Steuerungsinstrument nach diesem Verständnis irrelevant. Es geht der Untersuchung auch nicht darum, die durch den Einsatz des Konkursrechts möglicherweise bewirkte Finanzmarktsteuerung einer der in der gegenwärtigen Literatur gängigen Kategorien der „Regulierung“ oder „Regulierten Selbstregulierung“ zuzuordnen.²² Es geht ihr lediglich darum, die insoweit bestehende Vorfrage zu beantworten, ob Kreditsicherungsrecht, hier in Form einer konkursrechtlichen Norm, überhaupt als staatliches Steuerungsmittel eingesetzt wurde.

Hinsichtlich des Kreditsicherungsrechts ist vorab dessen Grundlage, der Kreditbegriff, einzugrenzen. Dieser ist ebenso wie derjenige der Kreditsicherheit ein solcher mit verschiedenen Bedeutungen.²³ Unter „Kredit“ lässt sich wirtschaftlich die Gebrauchsüberlassung von Kapital auf Zeit verstehen. Typisches Beispiel hierfür ist der Abschluss eines Darlehensvertrages, weshalb mit Kredit in der Literatur häufig das wirtschaftlich erhaltene Gut, i. d. R. also das auf Seite des Schuldners empfangene Geld bezeichnet wird.²⁴ Gleichzeitig ist mit Kredit im Sinne einer eng am lateinischen Wortursprung ausgerichteten Auslegung das Vertrauen des Gläubigers gemeint.²⁵ Erfasst man die beiden Bedeutungen in ihrem eigentlichen Kern, bezeichnet der Kreditbegriff letztlich das Vertrauen eines Gläubigers in die Zahlungsfähigkeit seines Schuldners zu einem bestimmten Zeitpunkt. Kreditsicherheiten stellen in diesem Zusammenhang somit all diejenigen Maßnahmen dar, die darauf gerichtet sind, das Ausfallrisiko des Schuldners aus der Sicht seines Gläubigers zu minimieren, im Umkehrschluss also das Vertrauen des Letztgenannten in die Rückgewährung der Leistungen, des Kapitals, zu erhöhen.²⁶ Als derartige Maßnahmen sind beispielhaft die Be-

²² Vgl. zu diesen Kategorien als Bewertungsmaßstab etwa *Collin*, „Gesellschaftliche Selbstregulierung“ und „Regulierte Selbstregulierung“ – ertragreiche Analysekatoren für eine (rechts-)historische Perspektive?, S. 3 ff.

²³ Allein der Duden zählt drei verschiedene Begriffsbestimmungen auf. Zu einzelnen Definitionsvorschlägen im 19. Jahrhundert vgl. *Stengel*, *Hirths Annalen* (1878), 841, 841 ff., 848 f.

²⁴ Vgl. etwa *Brinkmann*, *Kreditsicherheiten*, S. 1, 30.

²⁵ Von credere (lat.) = vertrauen. Vgl. *Ganter*, in *Schimansky/Bunte/Lwowski* (Hrsg.), *Bankrechts-Handbuch*, § 90 Rn. 1.

²⁶ Vgl. *Brinkmann*, *Kreditsicherheiten*, S. 1. Eigentlich würde sich daher anstelle des Begriffs der Kreditsicherung derjenige der krediterhöhenden Maßnahme anbieten.

stellung von Pfandrechten sowie die Abgabe von Bürgschafts- und Patronatserklärungen zu nennen.

Eine strenge Trennung zwischen Kreditsicherheiten- und Kreditbegriff wird in der bankrechtlichen Literatur allerdings regelmäßig nicht aufrechterhalten. Beide Begriffe werden beispielsweise bei der Abgrenzung des Personalkredits vom Realkreditdefinitiv zusammengeführt. Unter Personalkredit verstand man schon im 19. Jahrhundert die Ausgabe von Wechseln, bei der dem Kreditgeber lediglich die Redlichkeit und Tüchtigkeit, mithin die Person des Kreditnehmers oder eines von diesem benannten Bürgen als Sicherheit (daher auch Personalsicherheit) diene. Realkredit hingegen stellte damals wie heute den Empfang von Kapital dar, wobei die Rückzahlung durch ein Zugriffsrecht auf Vermögensobjekte des Schuldners gesichert war (daher auch Sachsicherheit). Handelte es sich bei den Vermögensobjekten um bewegliche Gegenstände sprach man von Mobilarkredit, handelte es sich um Grundstücke sprach man von Immobilier- oder Bodenkredit. Eine weitere Unterteilung des Bodenkredits wurde danach vorgenommen, welche Arten von Grundstücken mit welcher Zielsetzung als Kreditmittel eingesetzt wurden: „Baukredit“ lag vor, wenn das zur Bebauung eines i. d. R. städtischen Grundstücks hingegebene Vermögen durch eben dieses Grundstück besichert wurde. Als landwirtschaftlichen Kredit sahen die Zeitgenossen es an, wenn das zur Anschaffung landwirtschaftlicher Betriebsgegenstände hingegebene Vermögen durch ein ländliches Grundstück besichert wurde. Jedenfalls bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stand alleine schon aufgrund der größeren Anzahl ländlicher Grundstücke der landwirtschaftliche Kredit im Vordergrund. Aus diesem Grund meinten die Zeitgenossen, wenn sie von Bodenkredit sprachen, i. d. R. diesen und nicht den Baukredit. Diese Kategorisierungen verwendeten die Zeitgenossen allerdings nicht immer; schon der Real- und Personalkredit ging bei ihnen terminologisch zum Teil fließend ineinander über: Stellte man nicht vorrangig auf das Kreditsicherungsmittel – Persönlichkeit oder Vermögensobjekt – sondern ausschließlich das Ziel der Kapitalaufnahme ab, lag landwirtschaftlicher Kredit im wirtschaftlichen Sinne auch dann vor, wenn ein Landwirt ein Darlehen zur Anschaffung von Betriebsgütern erhielt, ohne dem Darlehensgeber hierfür ein Vermögensobjekt zur Verfügung zu stellen.²⁷

Als rechtlicher Rahmen derartiger auf Kreditsicherung angelegter Maßnahmen, also als Teil des Kreditsicherungsrechts, erlangte das Konkursrecht wie auch heute das Insolvenzrecht eine besondere Bedeutung: Als Nagelprobe der Kreditsicherheiten dient die Zahlungsunfähigkeit, mithin

²⁷ Vgl. hierzu *Stengel*, *Hirths Annalen* (1878), 841, 843. Zu Begriff und Einteilungsmöglichkeiten des Kredits etwa *Schraut*, *Die Organisation des Kredits*, S. 27 ff. Für heute vgl. etwa *Kerl*, *Bankaufsichtsrechtliche Anforderungen an den Realkredit*, S. 7.

die Insolvenz des Schuldners. Auf Kreditsicherung angelegte Akte sind stets darauf gerichtet, dem Gläubiger eine Rechtsposition einzuräumen die gewährleistet, dass dessen Anspruch selbst im Falle der Insolvenz befriedigt werden kann. Eine auf Kreditsicherung angelegte Maßnahme ist wirtschaftlich weitgehend wertlos, wenn sie den Rückgewähranspruch des Gläubigers nicht auch bei Zahlungsunfähigkeit des Schuldners sicherstellt.²⁸ Die Wahrscheinlichkeit, dass der Gläubiger sein Kapital zurückerhält, ist jedenfalls dann erhöht, wenn der Schuldner ihm eine bevorzugte Behandlung bei der Verteilung des schuldnerischen Vermögens in der Insolvenz ermöglicht, die Forderung des Gläubigers also insolvenzfest ist. Über die Rangordnung in der Insolvenz entscheidet in erster Linie das Insolvenzrecht. Auf Kreditsicherung angelegte Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Effektivität daher im Ergebnis regelmäßig an diesem Rechtsrahmen zu messen, also in die bestehende Systemlogik des Insolvenzrechts einzubetten. Nach dem Insolvenzrecht in seiner gegenwärtigen Fassung wird gem. § 51 Nr. 1 InsO beispielsweise derjenige privilegiert behandelt, der als vorübergehender Eigentümer der Sache anzusehen ist. Die Sicherungsübereignung als prominentestes Beispiel für ein Kreditsicherungsmittel, also die auflösend bedingte Übereignung einer Sache an den Gläubiger, ist darauf ausgelegt, diese „Anforderung“ des Insolvenzrechts zu befriedigen, dem Gläubiger also das Eigentum an der Sache zu verschaffen.²⁹

Wenn nun schon der Kredit selber einen „Schmierstoff der Wirtschaft“,³⁰ einen „Motor des wirtschaftlichen Wachstums“³¹ darstellt, mithin essentiell für dieselbe ist, dann gilt das auch für diejenigen Maßnahmen, die auf die Sicherung des Kredits gerichtet sind. Jede Kreditsicherung zu Gunsten des Gläubigers ist zugleich eine wirtschaftliche Förderung des Schuldners: Indem das Vertrauen des Gläubigers in die Rückgewähr der Leistungen erhöht wird, erleichtert man dem Schuldner die Kapitalaufnahme. Gesetzliche und damit staatliche Akte, die einem Schuldner die Möglichkeit zur Einräumung von Kreditsicherheiten gewähren (aus der Sicht des Schuldners Sicherungsprivilegien³²) oder solche zu Gunsten eines Gläubigers sogar unmittelbar selber schaffen, fertigen wirtschaftliche Auswirkungen.³³ Als Mittel der Finanzmarktsteuerung kommen sie daher in Betracht.

Der Gedanke, dass der Gesetzgeber über das Kreditsicherungsrecht im 19. Jahrhundert gezielt in die Wirtschaft einzugreifen beabsichtigte, erlangt

²⁸ Vgl. *Brinkmann*, Kreditsicherheiten, S. 92.

²⁹ Hierzu etwa *Ringstmeier*, in *Beck/Depré* (Hrsg.), *Praxis der Insolvenz*, § 15 Rn. 16.

³⁰ Übersetzung aus dem Englischen bei *Brinkmann*, Kreditsicherheiten, S. 1.

³¹ Übersetzung aus dem Englischen bei *Brinkmann*, Kreditsicherheiten, S. 73.

³² Nach *Stürner*, *NZI* 2005, 597, 597.

³³ Die ökonomische Effizienz von Kreditsicherheiten ist allerdings nicht unumstritten. Vgl. hierzu *Brinkmann*, Kreditsicherheiten, S. 66 ff., 71 ff. m. w. N.

möglicherweise dadurch eine Relativierung, dass der Staat damals wie heute grundsätzlich jedermann freistellte, seinem Gläubiger unter Berücksichtigung bestimmter Voraussetzungen eine privilegierte Stellung seiner Forderung im Konkurs einzuräumen. Als Beispiel mag die bereits durch die Reichskonkursordnung vom 10. Februar 1877 (RKO)³⁴ eröffnete Möglichkeit eines Schuldners dienen, seinem Gläubiger durch die vertragliche Bestellung eines Faustpfandrechts die Befriedigung aus einem Gegenstand des schuldnerischen Vermögens zu gewähren. Schon § 40 RKO sah vor:

„Gläubiger, welche an einer beweglichen körperlichen Sache, an einer Forderung oder an einem anderen Vermögensrechte des Gemeinschuldners ein Faustpfandrecht haben, können aus den ihnen verpfändeten Gegenständen abgesonderte Befriedigung wegen ihrer Pfandforderung verlangen, zunächst wegen der Kosten, dann wegen der Zinsen, zuletzt wegen des Kapitals.“

Eine Art „persönlichen Anwendungsbereich“ hat diese Vorschrift nicht. Durch die Regelung war also jeder Darlehensgeber durch den Staat geschützt. Die Refinanzierung jedes Darlehensnehmers konnte so potentiell begünstigt werden. Das wirft die Frage auf, ob man dann überhaupt noch von einer zielgerichteten Wirtschaftssteuerung des Gesetzgebers durch Kreditsicherungsrecht sprechen kann. Bei derartig allgemein gefassten Regelungen sind diesbezügliche Zweifel durchaus gerechtfertigt. Jedenfalls da aber, wo die auf den Konkursfall bezogenen Regelungen konkrete Schuldner- oder Gläubigergruppen begünstigten, also der Kredit ausgewählter Schuldner erhöht wurde, kann man nicht mehr von einer „Willkür“ in der staatlichen Zielsetzung ausgehen. Vielmehr steht in solchen Fällen ein zielgerichtetes, wirtschaftlich motiviertes Handeln, eine gezielte Subventionierung der betroffenen Wirtschaftskreise, stark zu vermuten. Bei einer insoweit geförderten Bank könnten hierdurch bestimmte Geschäftsfelder gezielt gestärkt werden.

Vorgegeben ist diese Zielsetzung allerdings nicht immer: Nicht jede gezielte Kreditsicherung eines Gläubigers ist final auch tatsächlich auf eine Kreditförderung des Schuldners ausgerichtet. Die Rechtfertigung einer Kreditsicherung kann ihren Ursprung auch, ggf. sogar überwiegend oder gar ausschließlich, in allgemeinen Gerechtigkeits- oder Schutzwürdigkeitserwägungen im Hinblick auf die Person des Gläubigers finden. Sie dient dann nicht als primäres Steuerungsmedium. Eine Vielzahl der gegenwärtigen Rechtsordnungen beispielsweise kennt eine Sicherung des Anschaffungskreditgebers. Ihre Rechtfertigung findet sie nicht unmittelbar in der Motivation des Gesetzgebers, Kapital in bestimmte Wirtschaftszweige zu lenken bzw. bestimmten Schuldnern zu vermitteln. Ihre Legitimation liegt vielmehr darin, dass es als wirtschaftlich gerecht angesehen wird, denjenigen, der das Kapital zur Beschaffung einer Sache hergibt, durch ein Zu-

³⁴ RGBl. 1877, S. 351 ff.

griffsrecht auf diese Sache zu schützen.³⁵ Die Bauhandwerkerhypothek wiederum, die zwar kein dingliches Recht darstellt, den Bauhandwerkern aber einen einklagbaren Anspruch auf Einräumung einer dinglichen Sicherungshypothek gewährt, wurde vorwiegend aus sozial geprägten Erwägungen zur Schutzbedürftigkeit der Gläubiger, der Bauhandwerker, nicht jedoch zur Förderung der Schuldner, der Bauunternehmer, eingeführt.³⁶ Geht es also weniger um die Förderung des Schuldners als vielmehr den Schutz des Gläubigers, kommt ein Einsatz des Kreditsicherungsrechts als Steuerungsmittel allenfalls unter einem weiteren Aspekt in Betracht, nämlich dann, wenn sein Einsatz dem Vertrauensschutz und damit der Vermeidung eines Funktionsversagens des Finanzmarktes dienen sollte.³⁷

B. Forschungsstand und -bedürfnis

I. Finanzmarktsteuerung und Kreditsicherungsrecht in historischer Perspektive

1. Die These von der Freiheit der Banken in Bezug auf ihren Geschäftsbetrieb

Der Stand der Forschung zu der aufgeworfenen Fragestellung präsentiert sich als lückenhaft. Zwar existieren neben einer Vielzahl von Arbeiten, die sich mit dem Verhältnis von Recht und Wirtschaft im 19. Jahrhundert befassen,³⁸ auch speziell in jüngerer Zeit einige Forschungsarbeiten, welche die staatliche Steuerung der Letztgenannten durch den Staat in den Blick nehmen³⁹. Geht es um die Einwirkung des Gesetzgebers auf den sich wan-

³⁵ Vgl. *Wilmowsky*, Europäisches Kreditsicherungsrecht, S. 204.

³⁶ Hierzu die Motive zu dem Gesetzentwurf über die Sicherung der Bauforderungen, S. 2131 ff. Trotz ihres nicht dinglichen Charakters handelt es sich unter Berücksichtigung der hier verwendeten Definition der Kreditsicherheit um eine Maßnahme des Kreditsicherungsrechts.

³⁷ Zur Bedeutung des Vertrauens der Anleger für die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes (sog. „allokative Funktionsfähigkeit“) *Seiler/Kniehase*, in *Schimansky/Bunte/Lwowski* (Hrsg.), Bankrechts-Handbuch, vor § 104 Rn. 88.

³⁸ Vgl. u. a. *Schmoeckel*, Rechtsgeschichte der Wirtschaft; *Hansel*, Jurisprudenz und Nationalökonomie (Diss.).

³⁹ Mit einer Fokussierung auf das dahinter stehende wirtschaftspolitische Konzept und einer Bewertung desselben etwa das beim Zentrum für Historische Grundlagen der Gegenwart der Universität Bonn angesiedelte Projekt „Gestaltung der Freiheit – Regulierung von Wirtschaft zwischen historischer Prägung und Normierung“; *Collin* u. a. (Hrsg.), Selbstregulierung im 19. Jahrhundert – zwischen Autonomie und staatlichen Steuerungsansprüchen; *ders.* u. a. (Hrsg.), Regulierte Selbstregulierung im frühen Interventions- und Sozialstaat.

Register

- Absonderungsrecht 1, 24, 32, 40, 45,
132ff., 137f., 140, 143f., 147, 152f.,
154f., 169, 181f., 186, 195, 210, 212,
214, 221f., 264f., 285, 302, 344, 356f.
- Agrarfrage 228
- Aktien 11, 22, 56ff., 60, 72, 76, 101,
107ff., 111ff., 146, 151, 155, 185, 206,
243, 263f., 275, 286, 353
- Aktienbanken 46, 74ff., 78, 84ff., 155
- Aktien-Gesellschaft für Boden- und
Kommunal-Kredit in Straßburg 101
- Aktiengesellschaft(en) 2, 22, 27, 46, 49,
57, 70, 74f., 78, 85f., 95, 108, 111ff.,
146, 151, 163, 185, 236, 239, 252, 254,
275f., 286, 302, 312, 319
- Aktienrechtsreform 75, 99, 219
- Aktivgeschäft/Aktivseite 17f., 22, 100f.,
111ff., 201ff., 209, 277, 312, 363
- Akzessorietät 121, 123
- Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt 21,
102
- alt-landschaftliches Pfandbriefsystem/
-modell/alt-landschaftliche Pfandbriefe
61, 89, 158
- Amortisation(s) 71, 240, 245, 256, 313
 - darlehen 227
 - hypothek(en) 70, 110, 233, 235, 240,
250, 275f., 299, 309, 313f., 319
 - quote 100, 237f., 247, 254, 299
 - zinsen 242
- Anhalt-Dessauische Landesbank 102, 104
- Anleihen 56
- Asset Encumbrance 368, 375
- (Staats-/Ober-)Aufsicht(s) 11f., 16, 47f.,
72, 99, 102, 105, 163, 165, 181, 183f.,
247, 254, 256, 263, 266, 268, 270,
274 ff., 278, 282, 300, 309, 312f., 332,
338f., 350, 353ff., 361f.
- behörde 16, 102, 266, 274, 312f., 338f.,
355, 362
 - führung 263, 278, 282, 309
 - pflicht(en) 48, 99, 181, 183f., 247
 - rat 163
 - regelungen 354
 - vorschriften 278, 282
- aufschiebende Amortisationsvereinba-
rungen 241
- Ausgabegrenze 12, 275, 300, 312, 341, 354
- Aussonderungsrecht 44, 132
- Bail-In 372
- Banken 5
- Bankensektor 5, 12, 32, 46, 49, 51, 205,
218, 222, 322
- Bankfreiheit(s)-lehre/-postulat/bank-
freiheitlich(e) Lehren 32, 46, 47ff., 51,
75, 77, 95, 97, 160, 163, 183f., 199,
203, 211, 221f., 257, 267ff., 279f., 282,
346, 349
- Bankgesetz 12, 159
- Bankhypothek 94, 96, 235f.
- Bankkommissar 73, 105f.
- Banknoten 47, 57, 76f., 145, 147
- Bank-Run 178, 223, 322f., 346, 372
- Bankwesen 22, 46f., 50f., 73f., 84f., 88,
160, 178, 204, 206, 231
- Bauforderungen 317
- Baugelderhypotheken 263, 309
- Baugesellschaften 109, 252
- Bauhandwerker 10, 317
- Bauschwindel 236, 317
- Bayerische Bodencreditanstalt 304
- Bayerische Handelsbank 27
- Bayerische Hypotheken- und Wechselbank
101, 105f., 118, 127, 164f., 167f., 245,
258
- Bayerische Vereinsbank 21, 24, 27, 101f.,
118, 162, 165
- Befriedigungsvorrecht 41, 45

- Beleihungsgrundsätze/-vorschriften/
 –grenze 80, 83, 99, 107, 115, 181, 190,
 200, 209, 246, 256, 275, 278f., 295,
 299, 309, 312, 354
 Beleihungsinstrumente 65
 Berliner Hypotheken-Versicherungs-
 Actiengesellschaft 304
 Bevölkerungswachstum 65
 Bezeichnungsschutz 19, 159, 218
 Bilanz/Bilanzierungsvorschriften 27, 102,
 157, 211, 247, 276, 278, 300, 352, 369
 Bodenfreiheit 229
 Bodenkredit 7, 23, 52, 54, 108, 126, 150,
 247, 254
 Bodenspekulation 317
 Börsen 56f., 59, 157, 241, 304, 319, 370,
 379
 Bremische Hypothekenbank 102f.
 Buchhypotheken 334, 336, 339

 Centralbodenkredit-Aktiengesellschaft 23,
 81, 101ff., 104f., 108, 124, 126f., 141,
 241, 298
 constitutum possessorium 34, 37, 42, 125,
 136, 153, 288
 Covered Bonds 30, 359, 366ff., 370
 Crédit Agricole 205
 Crédit Foncier 78f., 95, 143, 182, 205, 367
 Credito Mobiliare 322
 Crédit Mobilier 75

 (Hypotheken-)Darlehensnehmer 9, 19f.,
 58f., 61f., 63, 66, 71, 89, 175, 206, 218,
 237, 250f., 276, 299
 Debt-to-Equity-Swap 352
 Deckungs
 – masse 162, 164, 177, 184, 187, 192f.,
 209, 266ff., 299f., 312, 317, 327f., 330,
 339, 343f., 354, 358f., 360, 364f., 369,
 372
 – prinzip 17, 22, 99, 107, 113, 151, 159,
 162, 173, 177, 190, 208, 220, 251, 268,
 275, 300, 312, 324, 332, 334, 338, 347,
 354, 361, 364
 – vorschriften 159, 189, 194, 374
 – werte 54, 113, 171, 186f., 191, 195, 200,
 202, 207, 212, 266, 299, 309, 312, 318,
 327, 332, 335, 358ff., 361, 364f., 368ff.,
 370, 373

 Depoziten(-geschäft) 50, 93, 101f., 178f.,
 203, 219, 272f., 313, 321ff., 362
 Deutsche Gemeinschuldordnung 128
 Deutsche Grundschuldbank 352
 Deutsche Hypotheken-Bank (Berlin) 247
 Deutsche Hypothekenbank Meiningen 108
 Dispositionsfreiheit 163, 180, 185, 188,
 262, 267f., 281, 292, 303, 324

 Effekten
 – börsen 58
 – geschäft 101
 – kommissionsgeschäft 304
 Effizienz für den Realkreditmarkt 26
 Eigenkapital
 – aufnahme 57
 – deckung 341
 Eigentümergrundpfandrecht 233
 Einlagen(-gläubiger) 3, 93, 101, 178f., 202,
 219, 223, 261, 272, 277, 281, 300, 313,
 321ff., 345f., 362f., 370ff., 375
 Eisenbahn
 – gesellschaften 57, 60, 96
 – obligationen 95
 – prioritäten 107, 112
 Enquete über das Hypotheken-Bankwesen
 22, 76
 Entschuldung des Grundbesitzes 241
 Ersatzdeckungswerte 266
 Erste Preußische Hypotheken-
 Aktiengesellschaft 52f., 54, 91
 Exporthandel 65f.

 Faustpfand 34, 42, 44f., 143f., 154, 188f.,
 194, 214, 264ff.
 – berechtigter 44f., 135
 – bestellung 37, 45, 51, 105f., 135, 137f.,
 153, 164, 186f., 189, 214, 216
 – beziehung 136, 164ff. 292
 – konstruktion 207, 223
 – lösung 145, 162ff., 169, 171, 180, 208,
 210f., 257, 265, 268f., 292, 314, 324,
 329
 – modell 145, 163, 183, 212, 222, 261,
 281, 293, 324, 327, 329f., 331ff., 345,
 349f.
 – prinzip 37, 41, 44, 88, 127, 135, 285,
 288, 349
 – recht 9, 34, 42f., 45f., 106, 125, 134ff.,
 143f., 151, 155, 161, 165f., 184ff.,

- 188f., 190f., 194f., 196, 207, 214, 218,
221f., 257, 265ff., 269f., 273ff., 284,
286, 302, 349
- Finanzmarkt 1ff., 5ff., 10f., 13ff., 17, 19,
28, 52, 55, 95, 98, 220, 258, 260f.,
280f., 300, 304f., 321, 344, 346, 348,
357, 360, 371f.
- steuerung 1, 52
- Finanzplatz 56
- Forderungspool 166, 264, 289
- Forderungsverbriefungen 369
- Forderungsverpfändung/-pfandrech 44f.,
51, 125, 137, 139, 144, 288, 293
- Frankfurter Hypothekenbank 81, 108
- Freihändler 73
- Freiheit des Grund und Bodens 228
- Fristenkongruenz 202f., 323
- Gebäudesteuernutzungswert 110, 246
- Gebot der Gläubigergleichbehandlung 25
- gedeckte Schuldverschreibungen 30
- Genehmigungsverfahren 53, 86f., 89, 91f.
- Genossenschaften 70, 84f., 140, 143, 145,
147, 151, 185, 253, 256, 275ff., 286,
305, 392, 398
- Geschäfts
- betrieb 5, 10ff., 18, 25, 51, 80, 149, 156,
159, 162, 177, 181, 184ff., 193, 199,
203, 205f., 220, 222f., 227, 243, 247,
256, 267f., 275, 278, 292, 303, 311f.,
322, 324, 328, 332f., 338f., 343, 345,
349f., 353, 362, 368f.
- feld 4, 202ff., 206f., 272, 277, 341f., 354
- feldbegrenzung 5, 12, 207ff., 201, 207ff.
213, 221f., 274, 278, 281f., 340f., 345,
351, 354, 361f., 368, 370
- kreis 48, 173, 201f., 204, 206, 213, 300,
320, 341, 343, 345, 370
- praxis 25f., 250, 252, 341, 351
- struktur 11f., 18, 81, 98, 205, 342
- strukturierung 320
- Geschäftsfreiheit der Institute 181
- gesellschaftsvertragliche Pfandbriefpri-
vilegien 29, 31, 51ff., 86, 96, 98f., 103,
115f., 118, 124ff., 164, 177
- Gläubigerausschuss 131, 195, 343
- Gläubigergruppen 3, 9, 35, 49, 88, 101,
356, 370ff.
- Gläubigerversammlung 131, 194, 214f.,
217, 343
- Gothaer Grundkreditbank/Grundkreditbank
in Gotha 99, 103, 106, 240, 258, 262,
264, 269, 280f., 330, 350
- Großgrundbesitzer 60, 97, 120ff.
- Gründerkrise 29, 112f., 127, 129, 148, 205,
219
- Gründungs- und Beteiligungsgeschäft 101
- Grundbuch 40, 69, 288f., 327, 334, 336,
352
- Grundkapital 22, 79, 80, 82, 85, 92, 100,
104, 125, 132, 200, 202f., 205f., 305,
313, 325, 363
- Grundkreditfrage 228
- Grundkreditinstitute 78
- Grundschild 67ff., 235f., 406
- Grundsteuer 55
- Grundsteuerreinertrag 246
- Grundstücksspekulation 228
- gruppenspezifische (Ansteckungs-)Effekte
(am Kapitalmarkt) 175, 271
- Hannoversche Bodencreditanstalt 304
- Hypothek(en) 16f., 22f., 37, 38ff., 42ff.,
51ff., 57ff., 62ff., 67ff., 72ff., 79, 80,
84ff., 91f., 94f., 96, 99, 101, 103, 105f.,
108ff., 111, 113f., 118ff., 126f., 141,
149f., 156, 161, 164ff., 176ff., 181, 185,
191, 194f., 198, 201, 208, 211, 214, 220,
223, 231ff., 236f., 240, 243, 245, 247,
250, 254, 258, 287f., 291, 300, 303f.,
314, 316f., 326, 334ff., 340, 342, 347,
349, 352, 361f.
- bank(en) 2f., 12, 16, 17ff., 21ff., 25ff.,
31, 52ff., 62, 67, 70, 74, 76, 78, 80ff.,
86ff., 93f., 98ff., 102ff., 107f., 110ff.,
112, 114ff., 123f., 140 ff., 149, 152ff.,
162ff., 168, 171, 174f., 178ff., 184,
187ff., 192f., 195, 198f., 199, 201,
204ff., 208ff., 212f., 216ff., 220ff.,
225ff., 235ff., 239, 241f., 244f., 247,
249ff., 254ff., 257ff., 261ff., 273, 275ff.,
280, 282, 286, 289ff., 293ff., 297f.,
301ff., 306f., 309, 311ff., 314ff., 320ff,
326ff., 330, 332, 336f., 340ff., 347f.,
351f., 355, 357ff., 365, 367, 370
- bankgesetz 1, 15ff., 29, 158, 197, 217,
247ff., 253ff., 262, 265, 269f., 273ff.,
277ff., 282, 294ff., 298, 301, 306f., 311,
315, 317, 343f., 350, 354ff., 359f.
- banksolvenz 358

- bankwesen 18, 27, 76, 83, 148, 156, 158ff., 198, 221, 248, 254, 258, 270, 323, 349f., 352
 - brief(e) 23, 42, 44, 53ff., 69, 87, 90, 94, 103ff., 161, 164, 166ff., 188, 191, 236, 288, 336
 - buch 38ff., 42, 45, 51, 58, 68, 105, 117, 120ff., 138f., 144, 164, 166, 168, 188f., 266, 292
 - darlehen 17f., 55f., 61, 70, 79, 82, 110f., 113f., 177, 198, 226f., 238, 240, 259f., 299, 305f., 328
 - forderung(en) 1, 4, 17, 20, 41ff., 46, 52ff., 87ff., 90, 92ff., 103ff., 107, 116, 118f., 120, 124, 126, 139, 143f., 152, 154, 162, 164, 166, 168f., 175, 177, 180ff., 185ff., 188ff., 193ff., 208, 211f., 214, 265ff., 268, 277, 286ff., 293, 302f., 312, 325ff., 330, 334, 336, 343, 345, 349, 351, 354, 358, 360, 364
 - forderungsverpfändung 289
 - gläubiger 39f., 58, 122, 216
 - not 108, 225, 255, 306
 - register 312, 314, 324ff., 334f., 336, 359f.
 - urkunde 39, 46, 52, 125, 152, 164, 168, 171, 189, 191, 214, 269, 292, 302, 324, 328, 335
 - zinsen 226, 238
- Hypothekenbank in Hamburg 103
- Individualhypothek 55, 57, 60, 70, 94, 96, 175, 291, 347
- Industrialisierung 2, 55, 65, 96
- Inhaberschuldverschreibungen 13, 41f., 47, 51, 74, 76ff., 86, 89, 99, 102, 118, 146, 181, 221, 363
- Insolvenz 8
- Insolvenzfestigkeit dinglicher Sicherheiten 18
- Interessenkonflikt zwischen Grundbesitz und Aktionären 236
- Investition in Grund und Boden 55
- Jahresabschlüsse 27
- Kabinettsordre Friedrichs des Großen 19
- Kapitalbedürfnis des Grundbesitzes 107
- Kapitalmarkt 17, 57, 107, 175, 199, 220, 271, 347
- kapitalmarktdynamische (Anstercukungs-)Effekte 315, 346, 348, 371
- Kaufgelderhypotheken 228f.
- Kleinbahnobligationen 313
- Kommissionsgeschäft 312, 341f.
- Kommunalpapiere 102
- Konkurs 1, 9, 18, 24, 31ff., 37ff., 45, 54, 60, 87, 93, 95, 103f., 116, 121, 134ff., 140, 142, 153, 157, 182, 192, 195, 202, 207, 209, 258f., 261, 264, 272, 274, 284, 290, 292, 294, 313f., 323, 325f., 331, 339f., 343, 351, 354f.
- eröffnung 39, 131, 133, 158, 165, 174, 182, 186, 192f., 214, 267, 328, 330ff., 354, 356
 - fall 3ff., 9, 29, 38, 54, 57, 86, 92, 97, 116, 134f., 163, 174, 207f., 210, 212, 225, 272, 284, 287, 302, 320, 339
 - masse 40, 44f., 131ff., 214, 325, 343f.
 - ordnung 1, 36, 45, 128ff., 137, 139, 151, 154, 185, 285f., 314, 325f.
 - privileg(ien)(konkursrechtliches Privileg 31ff., 46, 51, 93, 127, 129, 146, 178, 184, 207f., 213, 218, 221, 257, 281, 320, 339, 342f., 346, 355, 368
 - privilegium 24, 169, 210
 - verfahren 39, 45, 129, 131ff., 138, 145, 147, 152f., 165, 169, 192f., 210, 212, 214, 263, 266, 328, 343, 352f., 356, 370
 - verwalter 131, 133f., 192ff., 211, 264, 266f., 343
- Kontrollmechanismen 5
- Konzessionierungs-/Konzessions
- erfordernis 99, 256, 270
 - gesuche 80
 - system 84, 276
 - verfahren 78, 80, 125, 201
 - vorbehalt 46, 74f.
 - zwang 278, 282
- Kreationstheorie 124, 386
- Kredit 6ff., 64, 101, 142, 209, 232, 261, 280, 317, 355
- bedürfnis der Landwirtschaft 55
 - geber 7, 272
 - institute 2
 - mittel 7, 64, 71
 - nehmer 7
 - not 60f., 82, 84, 290, 347

- sicherung/-sicherheit 1, 3ff., 8f., 12f., 15, 17f., 26, 31, 33, 35, 41, 97, 201, 207, 209, 261, 265, 281, 340, 346f., 372
- sicherungsmittel 4f., 7, 26, 201, 209, 340
- sicherungsrecht 1, 5f., 7ff., 12, 15, 18
- vereine 19f., 76, 114
- versprechen 41
- wesen 2, 36
- Krisen des landschaftlichen Pfandbriefwesens 59
- Kündigung
 - Möglichkeit 58, 222, 300
 - Recht 99f., 191, 213, 313
- Landflucht 55
- Landschaft/landschaftliche
 - Institute/landschaftliche Pfandbriefe 19ff., 40, 59f., 62f., 66, 89f., 93, 97, 114, 125, 172, 175f., 208, 216, 220, 223, 237ff., 244, 259, 275, 277, 305f., 314
- Liquidation/Liquidationsverfahren 194f., 215, 244, 264, 266,
- Liquidator 194f., 266
- Liquidität 71, 149, 156, 202ff., 323, 341, 365
- Lombardgeschäft 101
- Massearmut 131, 214
- Mecklenburg-Schwerin'sche Boden-Credit-Actiengesellschaft in Schwerin 102
- Mecklenburg-Strelitz'sche Hypothekenbank 304, 352
- Mitteldeutsche Bodencreditanstalt 304
- Mitwirkungserfordernisse des Pfandhalters 303
- Mobiliarkredit 7
- (Mobilisierung der) Werte in Grund und Boden/der Sicherungsrechte/der Hypothek 63f., 67ff., 69ff., 96, 231, 234, 236, 347
- Mobilisierung von Grund und Boden 64, 68, 231, 228, 231
- Monopol 46
- moralische Garantie(-übernahme)/Gewährübernahme/Haftungsfälle/Haftungsübernahme/Verantwortlichkeit/Verantwortungsübernahme 48, 50f., 73, 183f., 211, 221f., 257, 261, 267, 269, 281, 292, 333, 349f.
- Mortgage Debenture Act 173, 189
- mündelsicher 56, 112, 291
- Nachfrage nach Hypothekendarlehen 55
- Nachfrageabhängigkeit des Rechts 97
- Nachhypothek 110
- Norddeutsche Grundkreditbank 114, 159, 162, 262, 264, 305
- Normativbanken 99, 110, 253, 296, 298, 350
- (preußische) Normativbestimmungen 48, 53, 80ff., 86, 90, 92, 99f., 107, 115, 246f., 275, 295f., 298f., 301, 305, 355
- Notenbankwesen/Notenbanken 47, 50, 93, 158, 207, 223
- Noteninhaber 50, 93, 178, 207
- Nürnberger Vereinsbank 21, 27, 102
- Offenlegungspflichten 5, 214, 313
- ökonomischen Analyse des Rechts 26
- Ordnungspolitik 5 f.
- par conditio creditorum 3 f.
- Passivgeschäft/Passivseite 4, 17f., 22, 100f., 151, 202f., 207f., 213, 277, 313, 354, 362f., 368
- Personalkredit 7, 80, 113
- Pfändungspfandrecht 153, 182, 328, 332
- Pfandbrief 1ff., 12ff., 16, 19ff., 28f., 38, 40, 51ff., 59ff., 67, 84ff., 89f., 92f., 96, 98f., 101, 103ff., 111ff., 117f., 122ff., 129f., 139ff., 144f., 148ff., 156ff., 160ff., 164f., 169ff., 173, 176, 179ff., 181f., 184, 189ff., 195, 198ff., 206ff., 212ff., 215ff., 219ff., 225ff., 231, 235, 238, 241, 243, 247ff., 251, 253, 256ff., 260ff., 264ff., 271ff., 274, 277, 280ff., 284, 286f., 289ff., 299ff., 305ff., 310ff., 314ff., 319, 321, 324ff., 329f., 332ff., 337f., 339ff., 342ff., 346ff., 356ff., 360ff., 364ff., 370f.
- ausgabe 18, 25, 99, 101, 107, 161, 176, 201, 277, 312, 347
- bank 305, 361, 364ff., 371
- frage 2, 15f., 21, 28f., 31, 38, 98, 129, 140, 150, 153, 158, 170, 184, 225, 231, 235, 248, 258, 282, 291f., 294f., 306, 310, 314f., 335, 351, 370
- gesetz 98, 173, 225, 248f., 261f., 265, 273, 280, 293ff., 306, 350, 361

- gläubiger 16, 54, 93, 125, 161f., 164, 166, 169, 171, 177, 181, 185f., 192f., 194f., 199, 212, 265, 313f., 326, 337, 342f., 356, 358f., 362, 364
- gläubigerversammlung 194, 214f.
- inhaber 1, 3f., 16, 20, 24f., 28, 52ff., 86ff., 91ff., 95ff., 101, 104ff., 115, 117, 124ff., 139ff., 143ff., 148, 150ff., 160ff., 164ff., 169, 171, 173f., 176f., 180ff., 185f., 188ff., 192ff., 199f., 207f., 210ff., 213, 215ff., 218f., 221, 225, 257ff., 264ff., 271, 273, 276f., 281, 287, 290, 292ff., 300, 302f., 307, 311ff., 314ff., 325ff., 329ff., 333, 335ff., 340, 342ff., 348ff., 352ff., 356ff., 360f., 365, 370f.
- modell 22, 122, 351, 368
- privileg 2ff., 12ff., 24ff., 28ff., 51ff., 86, 95f., 98f., 103, 115ff., 118, 124ff., 127, 140f., 143, 160f., 164, 174, 177, 181, 185, 220f., 225, 248, 256f., 260f., 271f., 280f., 289ff., 293, 300, 302, 315, 317ff., 320f., 323f., 334f., 337, 339f., 342, 344ff., 351, 354, 356f., 358, 367
- privilegium 25
- schutz 14, 16, 24ff., 53, 93, 105f., 130, 139, 141ff., 154, 160f., 164, 172, 175f., 180, 182f., 185, 201, 210, 212, 215f., 218ff., 222, 225, 249, 257, 259ff., 267, 271ff., 274, 277, 280ff., 284, 286, 290ff., 300f., 314f., 319, 321f., 324f., 326, 329, 333, 342, 344, 346, 348f., 352, 354, 357, 368
- vertreter 153, 164
- Pfandhalter 161, 163, 189f., 190, 194, 210ff., 214f., 217, 222, 264, 266, 268, 292, 303, 324, 326ff., 333ff., 338, 349f.
- Pfandnexus 105, 167f.
- Pfandrecht 7, 20, 31ff., 35, 41, 44f., 51, 115, 118, 121, 123ff., 134ff., 151, 162, 164, 166f., 175, 180, 186, 189ff., 199, 218f., 260, 274, 283ff., 288, 293, 302, 313f., 324ff., 330, 332ff., 335, 339, 357
- Bestellung 34, 38, 45, 118, 123, 125, 135, 162, 287, 293
- Pignus 34, 44
- Platzierungsprovision 247
- Pommernbankkonzern 352
- Pommersche Hypotheken-Aktienbank/
Pommersche Hypothekenbank 52, 54, 93, 108, 156, 198, 240, 247, 254, 262, 264, 352
- Prämienpfandbriefe 262
- Preußische Bank 82, 125, 201f.
- Preußische Bodenkredit-Aktienbank 52, 54, 108, 240, 247, 254
- Preußische Hypotheken-Aktienbank 52f., 62, 91f., 108, 126, 149f., 156, 198, 240, 247, 254, 352
- Preußische Hypotheken-Gesellschaft 80
- Preußische Pfandbriefbank 305
- Prinzip der Arbeitsteilung 205f.
- Priorität 35
- Prioritätsobligationen 60, 116, 142
- Prioritätsprinzip 35, 37, 121
- Privileg/Privilegierung 3, 14, 24ff., 28, 31ff., 35ff., 44, 49f., 52f., 91ff., 94, 97, 116, 129f., 132f., 136, 143, 153f., 169, 177, 181ff., 190, 199, 210, 212f., 218, 220f., 253, 257, 273f., 281, 285, 312, 314, 316, 320, 325, 340, 342f., 346, 348f., 356f.
- aversion 36, 97, 285
- begriff 24f.
- forschung 24
- kategorien 36, 132, 169, 181, 210, 285, 356
- ordnungen 33, 37
- systeme 35f., 129f.
- Produktwettbewerb 96, 359
- Publikationspflichten 159
- Publizität/Publizitätspostulat/Publizitätsprinzip/Publizitätsvorschriften 35ff., 43, 47, 51, 58, 106, 134, 138, 143, 154, 186, 212, 217, 221f., 276, 285, 288, 312, 349, 351
- Ratingagenturen 359
- Realkredit 7
- förderung 17, 114, 141, 220, 245, 254, 261, 281, 344, 347f.
- institut 72, 94, 223, 355
- instrumente 61
- markt 15ff., 26, 53, 72, 74f., 80, 84f., 114, 154, 159, 175, 198, 212, 220, 225, 228f., 233, 235, 255f., 261, 270, 272, 281, 290f., 300, 304, 315, 318f., 344, 347f., 350

- marktversagen 272, 281, 344
- not 63
- produkte 55f., 65, 234
- system 61, 63, 65, 228, 233ff., 239
- wesen 63, 78, 86, 97, 157, 221, 230, 235f., 272, 298, 301, 318
- Rechtsnatur (des Privilegs) 1f., 43, 210, 354ff., 358, 365
- Rechtsprodukt 97, 347, 367
- Refinanzierung 9, 18, 25, 52, 94, 96f., 140, 160, 166, 180, 208, 251, 256f., 261, 280f., 300, 316f., 347, 355, 361ff., 363, 365, 368, 370
- Regierungskommissar 159, 165, 174, 185, 300
- Register of securities 173
- Regulierte Selbstregulierung 6
- Regulierung 6
- Reichsinnenministerium 28, 260, 273, 277, 293, 296f., 297, 301
- Reichsjustizamt 171f., 219, 260f., 273, 277f., 293, 296f., 307, 310, 314, 325ff., 330f., 333, 350
- Reichskanzleramt 28, 170, 172, 255, 260
- Reichspfandbriefamt 256, 332
- Rentenprinzip 231, 234
- Rheinisch-Westfälische Bodencreditanstalt 304
- Rheinische Hypothekenbank 125, 309
- Rittergüter 61, 64, 227f.
- Rittergutsbesitzer 2
- Ritterschaften 20
- ritterschaftliche Institute 108, 208
- Ritterschaftliche Privatbank in Stettin 158, 170
- Rückzahlungsprovisionen 275, 278, 300
- Run der Einlagengläubiger 371
- Sachwalter 359f., 364f., 366
- Sächsische Bodencreditanstalt 304
- Sächsische Hypothekenbank 116
- Schlesische Bodencredit-Aktienbank 108, 247
- Schlesische Landschaft 19, 66
- Schuldverschreibung 4, 16f., 19f., 22f., 25f., 30, 41, 48, 56f., 60, 70, 72, 75ff., 78ff., 80, 82, 89, 92, 94, 96, 99, 105, 114f., 120f., 140, 143ff., 147, 151f., 155, 160, 173, 176ff., 185, 196, 202, 210, 218, 273, 276f., 286, 302f., 314, 351, 353, 355, 360, 366ff., 369f., 372
- Schutzzölle 66
- Schwarzburgische Hypothekenbank 304
- Sicherungsprivileg 8
- Sicherungstreuhand 357
- Sicherungsversprechen 29, 31f., 53, 91, 93, 97, 103f., 115, 117, 124, 127, 140f., 225, 291, 347, 349
- Sondervermögen 4, 134, 274, 281, 357f., 360, 364f.
- Sparkassen/Sparkassenwesen 48, 63, 112, 114, 161, 191, 198, 226, 306
- Special Purpose Vehicle 369
- Spezialinstitut 18, 206, 209, 348
- Spezialität/Spezialitätserfordernis/-prinzip 37, 41, 51, 119f., 122, 124f., 166, 168
- Spielhagenkonzern 352f.
- Staatsanleihen 107, 112
- Staatsgarantie 56
- Staatsgrundkreditbank 201
- Staatsinstitut für den Realkredit 239
- Staatskommissar 82, 104, 106, 125, 165, 183, 222
- Staatsschuldverschreibungen 50, 59
- Statuten 29, 42, 50, 52f., 81, 84, 86, 87ff., 91f., 96f., 99f., 100, 103ff., 106, 117, 125ff., 140f., 152, 168, 174, 176, 181, 189, 198, 205, 237, 241, 247, 250, 263f., 276, 295, 330, 347
- Stein- und Hardenberg'sche Refomen 54, 63
- Stettiner National-Hypothekencredit-Gesellschaft 319
- Steuerungsinstrument 6
- Steuerungsmittel 5f., 10, 14, 17, 26, 261, 346f.
- strenge Geschäftsfeldbegrenzung 208f., 281, 340f., 351
- strukturimmanentes Konfliktpotential 85
- Subhastationen 156, 227, 229, 252
- Subhastationsverfahren 61
- Subvention/Subventionierung 9, 97, 256
- Süddeutsche Bodencreditbank 209, 390
- Surrogat der Hypothek 52, 177, 220, 223, 347
- Tilgungspraxis (der Hypothekenbanken) 241, 250
- timely payment 359f., 364

- Totalausfall 78, 96
 Trennbankensystem 322
 Treuhänder 16, 289, 314, 324, 334, 338f.,
 345, 353, 355ff., 361, 364

 Überbeileihung 156, 198, 232, 254, 352
 Überdeckung 191, 198, 335, 358, 360, 373
 Übergabe 34, 38, 41ff., 52, 68, 88, 106,
 119, 125, 136ff., 144, 153, 166, 188f.,
 266, 288, 292, 302, 334f.
 Überschuldung (der Grundstücke) 131,
 193, 228, 244, 267
 Umlaufgrenzen 99, 159, 173, 181, 256
 Ungleichbehandlung 25
 Universalinstitute/Universalbanken 204ff.,
 209, 322
 universitas 166ff., 289
 Unterdeckung 156, 191
 Urbanisierung 55, 110

 Vereinsbank in Nürnberg 117
 Verkehrsfähigkeit der Grundstücke 229
 Verknüpfung der Hypothekenforderungen
 mit Inhaberschuldverschreibungen/des
 Aktiv- und des Passivgeschäfts 17f., 22,
 86, 93, 118, 151
 Verpfändung von (Hypotheken-)
 Forderungen 38, 41f., 88, 118ff., 139,
 186, 221, 283, 287f., 293, 327
 – Verpfändbarkeit von Forderungen 41f.,
 51
 – Verpfändungserklärung 123f., 167,
 186f., 189, 324
 – Verpfändungsmodell 106, 162, 167,
 325ff., 331f., 334, 337, 351f.
 – Verpfändungsvermerk 189, 269, 292
 Versammlung der Pfandbriefinhaber 190,
 194f., 210, 266f.

 Verschuldung der Grundbesitzer 230, 250
 Verwaltungsgebühren 238
 Verwaltungskosten 82f., 200, 237, 313
 Verzinsung und Rückzahlung 20
 Verzinsung und Tilgung 20, 195
 Vorrecht 24, 35ff., 44, 51, 130, 132, 143,
 145ff., 150ff., 154, 169, 181f., 210, 221,
 286, 314, 325ff., 329ff., 334ff., 339,
 344f., 351f., 355ff.
 Vorrecht sui generis 357
 Vorzugsrecht 24, 50, 87, 145, 210, 325

 Wechsel in der Unternehmensfinanzierung
 56
 Wertermittlungsgrundsätze 159, 275, 278,
 297
 Westdeutsche Bodencreditanstalt 304
 Westend-Gesellschaft, H. Quistorp & Co.
 116
 Wettbewerb 47, 57, 66, 73, 163, 247, 301,
 342
 Wirtschaftspolitik 5
 Württembergische Hypothekenbank 106

 zahlungsunfähig/Zahlungsunfähigkeit 7f.,
 131, 192f., 262f., 267, 328, 364
 Zentralinstitut für die Hypothekenbanken
 247
 Zession 40, 58, 121
 Zinsbeschränkungen für (hypothekarische
 Darlehen) 46, 57, 67
 Zinsrisiko 343, 359
 Zugriffsrecht (der Pfandbriefinhaber) 7, 94,
 96f., 259f., 347, 349
 Zwangsliquidation/Zwangsliquidations-
 verfahren 192ff., 195, 210f., 215f., 266f.
 Zwangsvollstreckungen 126, 131, 155,
 161, 354, 359